

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse Euch, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats und des Gemeinderates, die anwesenden Personen aus der Verwaltungsleitung, insbesondere Leon Metz, unser zukünftiger Finanzverwalter, und die Medien zur 5. Stadtratssitzung des Jahres 2025. Vorab der Hinweis, dass auch diese Sitzung mit MediaParl aufgenommen und transkribiert wird. Wir werden voraussichtlich drei Testläufe machen und unter Traktandum Nr. 1 sage ich dann noch etwas dazu. Ich bitte jetzt Stadtratssekretärin Barbara Labbé um den Appell.

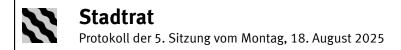
- 34 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 3 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 4 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Marc Häusler (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.²

Ich stelle zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Die Stimmenzählerin Fanny Zürn ist heute Abend verhindert. Art. 16 der Geschäftsordnung bestimmt, dass das Stadtratspräsidium den Rat um eine Stellvertretung aus der gleichen Fraktion anfragt. Die Fraktion der SP/GL schlägt vor, dass Georg Cap für die heutige Sitzung das Amt des Stimmenzählers übernimmt. Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wird dieser Vorschlag bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Damit wird Georg Cap für die heutige Sitzung als Stimmenzähler gewählt. Ich wünsche Dir viel Vergnügen.

Der Versand der Traktandenliste und die Aktenauflage erfolgten vorschriftgemäss. Die Traktandenliste und die zugehörigen Akten sind erneut auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Auch das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu Traktandum Nr. 1.

¹ Drei Stadtratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 37 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

² Drei Gemeinderatsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein.



1. Protokoll der Stadtratssitzung vom 12. Mai 2025: Kenntnisnahme

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Das Protokoll der Stadtratssitzung vom 12. Mai 2025 ist in der Aktenauflage und auf der Webseite einsehbar. Das Protokoll vom 30. Juni 2025 wurde das erste Mal mit dem Test-Tool MediaParl erstellt. Es liegt in der nächsten Sitzung des Stadtrats zur Genehmigung vor. Das Büro des Stadtrates konnte das Audio-Protokoll testen. In der nächsten Stadtratssitzung werden wir versuchen, Euch eine erste Rückmeldung geben zu können. Da heute auch wieder mit MediaParl aufgenommen wird, bitte ich die Sprecherinnen und Sprecher jeweils, genügend nah an das Mikrofon zu gehen und deutlich zu reden, das hilft uns, respektive der Software bei der Stimmenerkennung. Gibt es Bemerkungen zum Protokoll vom 12. Mai 2025? Das ist nicht der Fall. Merci vielmals an die Mitwirkenden, insbesondere Thomas Thurnherr für das Verfassen des Protokolls. Somit kommen wir zu Traktandum Nr. 2.

2. Finanzplan 2026 - 2030: Kenntnisnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 2 mit der Kenntnisnahme des Finanzplans 2026 bis 2030. Das Eintreten ist zwingend und wir starten direkt mit der Beratung. Wie üblich wird der Gemeinderat Patrick Freudiger, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen, im Rahmen seiner Berichterstattung nebst dem Finanzplan gleichzeitig auch das Budget 2026 vorstellen. auch Dasselbe gilt auch für die Berichterstattung der GPK. Patrick Freudiger hat nun das Wort.

II Beratung:

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat, liebe Stadträtinnen und Stadträte, werte Medienschaffende und werte Gäste und dabei insbesondere auch werte Leute aus der Verwaltung, merci vielmals zuhanden von Dir, Fabian, dass es mir möglich ist, hier unnötige Differenzierungen zu vermeiden und dabei sowohl den Finanz- und Investitionsplan als auch das Budget in einem darzulegen. Die Wechselwirkungen sind auch mannigfach. Ich muss vielleicht noch ein bisschen schmunzeln, als Du sagtest, dass wir dies wie immer so handhaben, sodass ich mich nicht direkt betroffen fühlte, denn das ist tatsächlich mein erstes Budget, das ich Euch vorstellen darf.

Also, die Übersicht gestaltet sich so, dass ich zuerst ein bisschen etwas über die allgemeinen Rahmenbedingungen sage und nachher dann konkret sowohl zum Budget wie auch zum Finanzinvestitionsplan kommen werde. Wir haben ja die neuen Regierungsrichtlinien, in denen man im Finanzbereich eigentlich Wert darauflegt, dass man bei einer attraktiven Steueranlage und einer tragbaren Verschuldung einen sparsamen Finanzhaushalt hat, wozu man drei Massnahmen definierte. Ich erwähne dies mehr als Wie-

Inhaltsverzeichnis

- Finanzielle Zielsetzungen (Regierungsrichtlinien)
- Budget 202
- Finanzplan 2026 2030
 Investitionsplan 2026 2030
- Schlussbemerkungen

derholung und es geht dabei eher um eine Vervollständigung. Wir wollen eine konsolidierte Finanzstrategie machen, wir wollen das strukturelle Defizit reduzieren und man ist auch bereit, ausgabenseitige Massnahmen zu ergreifen. Das heisst nicht, dass es auf der Einnahmeseite nichts geben darf, aber es ist ein Commitment, dass man auch bereit ist, ausgabenseitige Massnahmen zu ergreifen und die Stadt erarbeitet wirksame und verlässliche Kriterien für die zeitliche und inhaltliche Priorisierung der Investitionen. Das findet sich nun natürlich noch nicht alles in voller Schärfe in diesem Budget und Finanzplan, aber es hat erste Ansätze darin.

Was hatten wir für Rahmenbedingungen? Der Gemeinderat definierte die Verschuldungsgrenze zu Beginn des Jahres in den Budget- und Investitionsweisungen.

Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 – 2028

Strategischer Leitsatz Finanz- und Steuerwesen

Die Stadt verfügt über einen ausgeglichenen und sparsamen Finanzhaushalt mit einer attraktiven Steueranlage sowie einer tragbaren Verschuldung.

Massnahmen

- Die Stadt erarbeitet bis 31. Dezember 2025 eine konsolidierte Finanzstrategie und setzt die geplanten Massnahmen anschliessend schrittweise um.

- Die Stadt senkt in der Legislaturperiode 2025 – 28 ihr strukturelles Defizit und ist bereit, ausgabenseitige Massnahmen zu ergreifen.

- Die Stadt erarbeitet bis 31. Dezember 2026 wirksame und verlässliche Kriterien für die zeitliche und inhaltliche Profissierung ihrer Investitionen.

Ihr seht, dass man in der Phase Budget 2026 bis 2029, das betrifft den steuerfinanzierten Haushalt, ein Defizit von 2 Mio. Franken vorsieht und ab 2030 ein Defizit von 1 Mio. Franken. Die Ziele fielen ehrgeiziger aus als noch im vergangenen Jahr, als man noch von 4 Mio. Franken sprach, sodass man sich hier zu einer tieferen Verschuldung zusammenfand. Ich darf gut und gerne auch festhalten, dass dies bei Betrachtung des letztjährigen Finanzplans eine ehrgeizige Zielsetzung ist, wurde doch damals für das Jahr

Vorgaben zur Entwicklung der Budgetergebnisse

Vorgaben des Gemeinderats zur Erarbeitung der zukünftigen Budget- und Finanzplanwerte (Beschluss vom 15. Januar 2025)

Plan / Budget	Jahr	Defizit p. a. (in Mio. Fr.)
Phase I	2026 - 2029	-2.0
Phase II	Ab 2030	-1.0
Budget	2025	-3.9
Fipla 2025-2029	2026	-5.3

2026 von einer Verschuldung von 5,3 Mio. Franken ausgegangen. Im letzten Budget waren es knapp 4 Mio. Franken. Und jetzt sagte man sich, dass man dies auf 2 Mio. Franken hinunterbringen will; das im vollen Bewusstsein der Tatsache, dass die Einnahmen zugunsten des Bilanzüberschusses aus den Neubewertungsreserven per 2026 wegfallen werden und man diese dann auch noch zusätzlich zu kompensieren hat.

In aller Kürze zeige ich hier noch einen Überblick zur Steueranlage im Vergleich mit grösseren Gemeinden. Wir sehen dort, dass Langenthal mit 1,44 sehr gut unterwegs ist, haben einwohnerstärkere Gemeinden doch durch das Band weg eigentlich höhere Steuerfüsse. Natürlich gibt es auch noch die einen oder anderen, die einen tieferen Steuerfuss haben, aber derjenige von Langenthal kann sich sicher sehen lassen.

Vergleich der Steueranlagen der grösseren Gemeinden im Kanton Bern

		Steueranlage natürliche			
	per 31.12.2024	juristische Person (2025)	Liegenschaften (2025)		
Bern	146'455	1.54 / 1.54	1.50		
Biel	58'158	1.63 / 1.63	1.50		
Burgdorf	17'260	1.63 / 1.63	1.00		
Köniz	44'248	1.58 / 1.58	1.20		
Langenthal	16'317	1.44 / 1.44	1.00		
Ostermundigen	18'560	1.69 / 1.69	1.50		
Thun	44'746	1.72/1.72	1.20		
Steffisburg	16'567	1.62/1.62	1.20		

Auch im regionalen Vergleich zeigt sich ein ähnliches Bild und Langenthal ist mit 1,44 eigentlich sehr attraktiv unterwegs. Der Gemeinderat ist sich vollkommen bewusst, dass dieser attraktive Steuerfuss nichts daran ändert, dass man im interkantonalen Vergleich mit der Gemeindesteueranlage nur beschränkte Wirkung erzielen kann, zumal der Kanton so hohe Steuern hat. Es ist bekannt, dass Gemeinden aus Nachbarskantonen an sich steuerlich attraktiver sind, weil der Kantonsteueranteil viel tiefer ist. Aufgrund der

Vergleich der Steueranlagen der grösseren Gemeinden in der Region Oberaargau

	Steueranlage natürliche/	Steueranlage
	juristische Person (2025)	Liegenschaften (2025
Aarwangen	1.57 / 1.57	1.00
Herzogenbuchsee	1.65 / 1.65	1.00
Langenthal	1.44 / 1.44	1.00
Lotzwil	1.70 / 1.70	1.20
Madiswil	1.65 / 1.65	1.00
Niederbipp	1.65 / 1.65	1.30
Roggwil	1.61 / 1.61	1.20
Thunstetten	1.78/ 1.78	1.00

Tatsache, dass Gemeinden in anderen Kantonen mehr Substrat behalten können, fahren sie nachher nach der Steuerausscheidung zwischen Kanton und Gemeinde nicht einmal schlechter damit, dass sie im interkantonalen Vergleich tiefere Steuern haben. Immerhin darf darauf hingewiesen werden, dass sich der Kanton Bern klar zu einer Steuersenkungsstrategie bekannte, die vor allem via Steueranlage funktionieren soll. Das bedeutet, dass mittelfristig die Standortattraktivität zwischen kantonal-bernischen Gemeinden steuerpolitisch gesprochen eher wichtiger werden dürfte, weil der Kanton steuerlich ins Mittelfeld kommen will und damit dann unterschiedliche Steuerbelastungen in den Gemeinden im Kanton Bern, der dann nicht mehr länger Schlusslicht ist, sondern sich im Mittelfeld wiederfindet, tendenziell wichtiger werden dürfen.

Gut, wie entwickelte sich das Budget? Wir sprachen vorher von der Zielvorgabe im steuerfinanzierten Haushalt. Die allererste Zahl des Budgets, die ich zu Gesicht bekam und Ihr hier nicht seht, wies ein Defizit nicht von 2 Mio. Franken, sondern von 12 Mio. Franken aus. Zur Wahrheit gehört, dass diese Zahlen allein aufgrund einer Bedarfseingabe gemacht wurden, bevor dann die Verwaltungsleitung die Zahlen entsprechend durchkämmte. Aber das ist sozusagen die Mission des Gemeinderates und der Verwaltung,

Entwicklung des Budgetergebnisses 2026	
Entwicklung der Erfolgsrechnung 2026 (Allgemeiner Haushalt)	in Mio. Fr
Zielvorgabe des Gemeinderats	- 2.000
Bedarfsbudget nach Eingabe Ämter 14.4.2025	- 3.483
Ergebnis nach Sitzung Investitionsplan GR (23. April 2025)	- 2.957
Budget nach der Behandlung durch die Finanzkommission am 8. Mai 2025	- 1.939
Ergebnis nach 1. Lesung im GR (21. Mai 2025)	- 2.571
Errobnic Comoindorst zubanden Stadtrat (2. Juli 2025)	2.603

von diesen 12 auf 2 Mio. Franken zu kommen, was durchaus eine nicht einfache Vorgabe ist. Aber bereits das erste Bedarfsbudget ergab dann nachher ein Defizit von noch 3,4 Mio. Franken. Man sieht auch daraus, wie wirksam und effizient insbesondere die Verwaltungsleitung vorging und hier der beste Dank des Gemeinderates an die Verwaltungsleitung zu diesem Vorgehen geht, dass man diese Vorgabe entsprechend ernst nahm und auch wirksam umsetzte. Nach der ersten Sitzung des Gemeinderates mit dem Investitionsplan, bei dem man gewisse Brocken nach innen verschob, nahmen auch die Abschreibungen ab, was dann noch zu diesen 2,9 Mio. Franken führte.

Die Finanzkommission nahm an ihrem Totomat zusätzliche Einsparungen oder Kürzungen vor, sodass man noch bei knapp 2 Mio. Franken lag. Dabei war allerdings die Besoldungsreserve für das Personal natürlich noch nicht enthalten, die der Gemeinderat nachträglich ergänzte. Das ist etwas Wichtiges, damit die Stadt auch eine attraktive Arbeitgeberin ist, den Teuerungsausgleich ausgleichen und individuelle Gehaltsmassnahmen beschliessen kann. Deshalb lag das Defizit nachher wieder bei 2,571 Mio. Franken, respektive anlässlich der Beschlussfassung am 2. Juli 2025 bei 2,6 Mio. Franken. Dazu kamen erschwerend auch die aktuellsten Zahlen des Lastenausgleichs, die halt einmal eine weitere Mehrbelastung für die Gemeinden ergaben.

Zur Entwicklung des Budgetergebnisses ist zu sagen, dass im steuerfinanzierten Haushalt jetzt 2,6 Mio. Franken vorgesehen sind und damit das Defizit im Vergleich zum letzten Finanzplan wortwörtlich halbiert werden konnte. Die Entwicklungen im Budgetergebnis im Vergleich zum Vorjahr seht Ihr hier; die grössten Änderungen haben wir beim Fiskalertrag im positiven Sinn – worauf ich dann noch kurz zurückkomme – und die grösste Abnahme bei den Entgelten sind zum Beispiel Mindererträge aus der wirtschaftlichen Sozial-

Die wichtigsten Veränderungen (Stufe Gesamthau	nalt) im Vergleich zum Bu	udget 2025
Zunahme Personalaufwand	Fr. + 0.2 Mio.	
Zunahme Sach- und übriger Betriebsaufwand	Fr. + 0.3 Mio.	
Abnahme Transferaufwand	Fr 0.7 Mio.	
Zunahme Fiskalertrag	Fr. + 1.7 Mio.	
Zunahme Regalien und Konzessionen	Fr. + 0.4 Mio.	
Abnahme Entgelte	Fr 1.6 Mio.	
Zunahme Transferertrag	Fr. + 1.0 Mio.	

hilfe. Wenn man es nun auf Stufe Gesamthaushalt anschaut, dann sieht man unten rechts noch einmal die erwähnten 2,6 Mio. Franken, und eine Stufe weiter oben den Gesamthaushalt mit den Spezialfinanzierungen mit einem höheren Defizit. Diese 2,8 Mio. Franken werden dann allerdings aufgrund von erforderlichen Anpassungen in den Reglementen korrigiert, wonach ja das Feuerwehrreglement bereits beschlossen wurde. Ihr seht es in den Vorberichtszahlen, dass die Spezialfinanzierung «Feuerwehr» eine Korrektur benötigt, damit sie weiterhin ausgeglichen ist. Beim der Spezialfinanzierung «Kehricht» ist es ähnlich; das verlangt die übergeordnete Rechtsgrundlage, dass eine solche Spezialfinanzierung nie Verlust, aber auch nicht Gewinn machen darf, sodass man die Gebühren je nachdem erhöhen oder senken muss. Also dort korrigiert sich diese Zahl eigentlich wieder aufgrund der bereits ergriffenen oder noch zu ergreifenden Massnahmen.

Die politisch relevantere Steuergrösse ist der steuerfinanzierte Haushalt. In der letzten Sitzung durfte ich hier stehen und Euch die Rechnung 2024 präsentieren. Ich erwähnte dort, dass wir mit einem Defizit von 2 Mio. Franken eigentlich viel besser unterwegs sind als im damaligen Budget, dass allerdings die Verbesserung vor allem aufgrund von exogenen Faktoren als Ergebnis aus Finanzierung zustande kommt und das Ergebnis aus der Kerntätigkeit, aus der betrieblichen Tätigkeit, eigentlich sehr hoch ist,

Budget 2026 - Ergebnis Erfolgsrechnung Gesamthaushalt

In TFr.	Rechnung 2024	Budget 2025	Budget 2026
Betrieblicher Aufwand	-98'541	-101'331	-100'829
Betrieblicher Ertrag	89'941	94'590	95'916
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-8'600	-6'741	-4'913
Ergebnis aus Finanzierung	5'855	1'793	2'048
Operatives Ergebnis	-2'745	-4'948	-2'865
Ausserordentliches Ergebnis	734	734	0
Efolgsrechnung Gesamthaushalt	-2'011	-4'214	-2'865
Erfolgsrechnung steuerfinanzierter Haushalt	-2'208	-3'924	-2'603

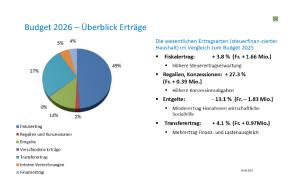
wenn man die Rechnung 2024 mit 8,6 Mio. Franken anschaut. Hier sehen wir jetzt die Verbesserung im Budget 2026, das man gegenüber dem letztjährigen Finanzplandefizit halbieren konnte. Ihr seht, dass das hier nicht nur, aber auch massgebend, aufgrund eines besseren Ergebnisses aus der betrieblichen Kerntätigkeit resultiert. Natürlich haben wir hier mit minus 5 Mio. Franken eine Zahl, die noch besser werden kann, aber der Trend ist erfreulich.

Ich komme zum Überblick über die Aufwände. Wir haben eine geringfügige Zunahme beim Personalaufwand. Wir rechneten bereits im letzten Jahr diese 3% beim Personal als Abzug ein, da man selten bis nie alle Stellen besetzen kann. Man führte das im Jahr 2026 weiter, weshalb der Personalaufwand nur leicht anstieg. Wir haben beim Sachaufwand eine grössere Mehraufwandbelastung, was daran liegt, dass der Gemeinderat verstärkt im baulichen Unterhalt Ausgaben beschloss. Wir haben weniger Abschreibungen,



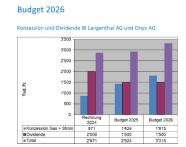
da man bei den Investitionen das eine oder andere Projekt nach hinten verschob und der Transferaufwand aufgrund einer Senkung der wirtschaftlichen Hilfe tiefer ausfällt.

Auf der anderen Seite haben wir beim Ertrag höhere Fiskalerträge bei gleicher Steueranlage. Warum das? Das ist insbesondere der Anpassung bei der Liegenschaftsteuer oder auch bei den Sonderveranlagungen geschuldet. Wenn Ihr vergleicht, was im Budget 2025 und in der Rechnung 2024 beim Ertrag der Liegenschaftssteuern erfasst war, dann sieht man, dass die Liegenschaftsteuer bereits 2024 ungefähr eine halbe Million höher lag als im Budget 2025. Hier hatte man die Einnahmen zu tief budgetiert und der Gemeinderat, respektive bereits zuvor auch



die Finanzkommission, passte hier den Ertrag eigentlich den tatsächlichen Gegebenheiten an, sodass wir hier durchaus einmalige, aber deutliche Erhöhungen haben, was sich bei den Sonderveranlagungen ähnlich zeigt. Wir haben weiterhin zumindest prozentual eine sehr grosse Erhöhung bei der Konzessionsabgabe. Das ist eine Abgabe, die dann zur finalen Beschlussfassung hier im Stadtrat noch zu verhandeln sein wird.

Es geht hier nämlich um die geplante Konzessionsabgabe auf Gas und in diesem Verbund mit der Höhe der Konzessionsabgabe auf Strom. Das ist ein Projekt, das bereits der Gemeinderat in seiner letzten Legislatur wollte und dazu auch eine Vernehmlassung durchführte. Es ist in dem Sinn nichts Neues. Es ist auch so, dass die Einnahmen in den letzten Budgets bereits zumindest teilweise mitberücksichtigt waren und der Gemeinderat in seiner aktuellen Besetzung sich dazu entschied, die Einnahmen eigentlich zum



Vollwert ins Budget zu nehmen. Darum kam es hier noch einmal zu einer Erhöhung, was selbstverständlich einen zustimmenden Beschluss des Stadtrats bedingt. Immerhin darf man sagen, abgesehen davon, dass eine Vernehmlassung mit einem konkreten Projekt durchgeführt wurde, dass der Gemeinderat in seinen Regierungsrichtlinien die Einführung der Konzessionsabgabe auf Gas per 1. Januar 2026 als Absicht aufführt. Und vor diesem Hintergrund wäre es nicht konsequent gewesen, wenn man das jetzt im Budget nicht auch entsprechend dargestellt hätte. Aber ich sage es gerne noch einmal, es braucht hier eine stadträtliche Zustimmung, sonst wird die Abgabe nicht kommen und auch nicht erhöht. Wir haben ein Minder-Entgelt, eben weniger Einnahmen bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe und einen gewissen Mehrertrag beim Finanzund Lastenausgleich aufgrund der geltenden Gesetzgebung. Im Balkendiagramm sieht man die entsprechende Entwicklung, die ich hier bereits erwähnte.

Wenn wir jetzt das, was wir im Budget machten, ein bisschen weiter extrapolieren, dann kommen wir zum Finanzplan. Ihr seht das Defizit im Budget der Erfolgsrechnung 2026 mit 2,6 Mio. Franken. Gemäss den aktuellen Zahlen, die uns vorliegen, wird das bis hin zu 1,3 Mio. Franken im Jahr 2030 weiter abnehmen. Daraus kann man ableiten, dass die Budgetweisungen, die der Gemeinderat Anfang Jahr erteilte, nicht in allen Jahren voll eingehalten werden konnten, dass man aber auf gutem Weg ist, diese einzu-

halten, respektive je nach Jahr bereits übererfüllt, zumindest gemäss den Zahlen im Finanzplan. Wichtig zu sagen ist hier noch, dass Mehreinnahmen aufgrund einer möglichen Zentrumslastenabgeltung, was derzeit ein Thema im Kanton ist, hier nicht eingerechnet sind. Das würde demnach ertragssteigernd noch dazukommen. Auf der anderen Seite hat man aber auch Einnahmenverluste aufgrund der Steuergesetzrevision 2027, die anders als bei den Steuersenkungen beim Tarif ansetzt, wonach diese Mindereinnahmen hier auch nicht eingerechnet sind. Aufgrund der öffentlich verfügbaren Zahlen könnte man aber festhalten, dass die möglichen oder erhofften Mehreinnahmen aufgrund der Zentrumslastabgeltung klar höher wären als die Verluste aufgrund der angedachten Steuergesetzrevision.

Hier noch einmal die Zahlen des Finanzplans, insbesondere beim Ertrag. Ihr seht bei den übrigen Steuern den Sprung von Rechnung 2024 zum Budget 2026, respektive vom Budget 2025 zu 2026, als man noch die zu tiefen Einnahmen budgetierte, nun aber bei den übrigen Steuern von 6,691 Mio. Franken Einnahmen ausgeht. Solche Erhöhungen werden sich aber in den folgenden Jahren nicht fortsetzen. Ihr seht allgemein, dass wir eigentlich bei den Zahlen mit einem moderaten Steuerertragswachstum rech-

Finanzplan 202	Finanzplan 2026 – 2030						
Fiskalertrag							
	Rg	Budget	Budget	Fipla	Fipla	Fipla	Fipla
Beträge in TFr.	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Direkte Steuern natürliche Personen	30'681	30'991	31'656	32'300	32'950	33'602	34'269
Direkte Steuern juristische Personen	5'323	6'611	6'725	6'841	6'932	7'033	7'129
übrige Steuern	6'755	5'811	6'691	6'756	6'820	6'885	6'950
Total Fiskalertrag							
(Steuern)	42'759	43'413	45'072	45'897	46'702	47'520	48'348
		7	7	7	71	7	7
Steueranlage	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44

nen. Bei den direkten Steuern haben wir sehr belastbare Zahlen, da machen wir in der Regel Punktlandungen. Bei den juristischen Personen ist es immer ein bisschen Kaffeesatz lesen und ja, wenn jetzt diese uns aufgebrummten Zölle entsprechend einschlagen und dabei die eine oder andere Unternehmung negativ trifft, dann wird man natürlich entsprechenden Einnahmen bei den juristischen Personen nicht mehr machen können. Man sieht, auch, dass wir im 2024 bei den direkten Steuern juristischer Personen einen Taucher machten. Wir entschieden uns, noch einmal bei dem Wert zu bleiben, der bereits das letzte Budget prägte, umso mehr, als wenn man zum Beispiel auf die Rechnungen 2022 ein bisschen weiter zurückschaut und noch die Steuererhöhung auf 1,44 einrechnet, so wäre eigentlich derjenige Wert, den wir hier haben, sehr realistisch. Wenn sich aber der Taucher von 2024 fortsetzt, dann wird man in künftigen Jahren natürlich darüber reden müssen, auch diesen Betrag der Realität anzupassen.

Ich komme zum Lastenausgleich. Dazu habe ich nur eine Bemerkung, dass es immer wie mehr nach oben geht. Wir haben verschiedene Lastenausgleichstöpfe, in die Gemeinden einzuzahlen haben. Bei einzelnen gibt es eine Entlastung, bei anderen insbesondere hinsichtlich der Sozialkosten eine deutliche Mehrbelastung. In der Tendenz nehmen die Ausgaben zu, die ein Budget der Gemeinde massgebend prägen.

Jetzt möchte ich noch etwas zum baulichen Unterhalt sagen, was das Budget, aber auch den Finanzplan betrifft. Der Gemeinderat war in der Vorbereitung des Budgets mit denjenigen Leuten aus der Verwaltung intensiv im Austausch, die für den baulichen Unterhalt zuständig sind. Man investierte im letztjährigen Finanzplan knapp 1,8 Mio. Franken für den baulichen Unterhalt. Dabei reden wir von dem Unterhalt, der nicht aktiviert wird, sondern direkt über die Er-

folgsrechnung belastet wird. Und der Gemeinde-

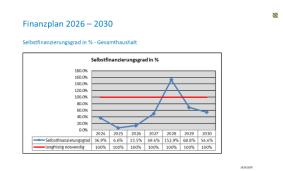
	Rg.	Budget	Budget	Fipla	Fipla	Fipla	Fipla
Beträge in TFr.	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Öffentlich er Verkehr	2'167	2'485	2'388	2'387	2'405	2'431	2'433
Aufgabenteilung Gde/Kt.	2'861	2'857	2'873	2'867	2'860	2'853	2'846
Finanzausgleich (Dsparitätenabbau)	-2'381	-2'400	-3'063	-3'500	-3'479	-3'334	-3'247
Familienzulage	54	79	79	79	79	95	79
EL(AHV / IV)	3'630	3'548	3'642	3'717	3'808	3'930	3'927
Interventionskosten	78	79	85	86	86	86	86
Lastenausgleich Soz.Hilfe	8'709	8'442	10'030	10'285	10'825	10'445	10'430
Soz.demograf. Zuschuss	-386	-360	-385	-385	-385	-385	-385
Lehrerbesoldungen	6'069	5'992	6'473	6'473	6'473	6'473	6'473
Total	20'801	20'722	22'122	22'009	22'672	22'594	22'642
			•	→	7	→	→

Finanzplan 2026 - 2030

rat kam zum Schluss, dass dieser Wert klarerweise zu tief ist. Man sieht aus den letzten Jahren bereits, dass der effektive bauliche Unterhalt immer höher war als der budgetierte Unterhalt und Zahlen unter 2 Mio. Franken, wie man es noch zum Beispiel im Budget 2017 mit 1,6 Mio. Franken aufführte, schlicht nicht mehr realistisch sind. Das hat auch damit zu tun, dass diese Onyx-Strategie vielleicht langsam ihre Halbwertszeit erreicht hat, als man grössere Investitionen damit finanzieren konnte und das eine oder andere Leuchtturmprojekt, das man noch in den ganz guten Jahren andachte, so nicht realisiert werden kann und auch dadurch

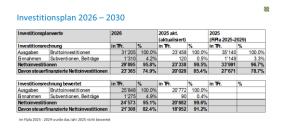
natürlich auch der bauliche Unterhalt zum Erhalt des Bestehenden wichtiger wird. Wenn man einen Leuchtturm vor sich hat, rentiert es natürlich nicht gross, in den baulichen Unterhalt der Erfolgsrechnung zu investieren. Wenn man solche Grossprojekte aber weniger machen kann, dann wird der bauliche Unterhalt wichtiger. Das ist eine Realität, die der Gemeinderat anerkennt und deshalb erhöhte man die Ausgaben des baulichen Unterhalts trotz verschärfter Budgetvorgaben. Im Jahr 2025 waren es noch 2,2 Mio. Franken, jetzt sind wir auf 2,5 Mio. Franken, was allein das Verwaltungsvermögen betrifft und dann im Finanzvermögen noch einmal Fr. 250'000.00 dazukommen. Das ist eine Anerkennung von bestehenden Realitäten. Mit ein bisschen mehr Volumen im Verwaltungsvermögen setzt sich dies im Finanzplan fort, wobei vorgesehen wäre, den Aufwand im Finanzvermögen ein bisschen zu reduzieren. Ich möchte Euch, liebe Stadträtinnen und Stadträte, damit vor Augen führen, dass der Gemeinderat trotz verschärfter Budgetvorgaben sehr wohl bereit ist, bei den Ausgaben Prioritäten zu setzen, wo der Handlungsbedarf eben akut ist.

Vielleicht auch noch das Wort zur Selbstfinanzierung. Ihr seht, dass dieser Grad nach wie vor unbefriedigend ist. Dazu schrieb mir jemand per Mail, dass dieser Wert «unterirdisch» ist. Es ist in der Tat nicht zufriedenstellend, müsste der Selbstfinanzierungsgrad doch mittelfristig bei 100% sein. Nach einer zugegebenermassen etwas älteren Arbeitshilfe des AGR's¹ sollten kurzfristig gesehen 60% ausreichen. Wir liegen klar darunter und somit ist er klarerweise ungenügend. Man kann immerhin mit Blick auf die Ein-



nahmen aus ESP Bahnhof und Agglomerationsprogrammen mit Erhöhungen rechnen. Gerade im Jahr 2028 ergibt sich ein schöner Wert, weil dann die meisten Subventionen ausbezahlt werden. Danach reduziert sich das wieder, aber auf einem besseren Niveau als jetzt. Aber es ist klar, der Selbstfinanzierungsgrad ist ungenügend und hier sind Massnahmen notwendig.

Damit komme ich zum Investitionsplan. Ihr seht oben rechts den Wert des letzten Investitionsplans mit 35 Mio. Franken für das 2025. Dieser liegt jetzt tiefer, weil man nicht alle Investitionen realisieren kann, die bevorstehen. Im 2026 sind Investitionen von unbewertet 31 Mio. Franken brutto geplant; also unbewertet heisst, dass man die Realisierungswahrscheinlichkeit nicht einrechnet. Wenn man diese einrechnet, also dort nur 75% oder 50% einrechnet, zu denen keine Ausführungsbeschlüsse vorliegen, kommt man auf einen entsprechend tieferen Wert.



¹ AGR = Amt für Gemeinden und Raumplanung



Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 18. August 2025

Ich will vielleicht zur besseren Veranschaulichung die 5-Jahres-Perspektive einblenden. Unten seht Ihr den Vergleich zwischen bewerteten und unbewerteten Investitionen über die nächsten 5 Jahre gemäss dem letztjährigen sowie gemäss dem aktuellen Finanzplan. Eine Planung auf zehn Jahre hat extrem viel Ungewissheit und Fragezeichen, der Blick auf die nächsten fünf Jahren ist dabei ein bisschen verlässlicher. Wenn Ihr jetzt dort die «5 Jahre unbewertet» vergleicht, das heisst die Realisierungswahrschein-



lichkeit nicht eingerechnet, so seht Ihr, dass der Gemeinderat ausserhalb des kurzfristigen Betrachtungszeitraums doch das eine oder andere Projekt bereits nach hinten verschob, sodass man von 126 Mio. Franken auf 108 Mio. Franken runterkam.

Das sind erste Priorisierungen, die man im vollen Bewusstsein vornahm, dass dies so noch nicht ausreicht. Ein Teil davon ist das Eisstadion, das man bisher im Investitionsplan drin hatte und aufmerksamen Stadträtinnen und Stadträten sicher nicht entging. Das ist dort jetzt nicht mehr drin, aber nicht etwa, weil man es nicht mehr will, was auch so im Vorbericht steht. Nein, überhaupt nicht, der Grund, dass es im Investitionsplan fehlt, ist, weil die Realisierung über eine Kapitalerhöhung bei der KEB AG angedacht ist und das rechtlich keine Investition ist. Das ist ein Teil der Realisierung, aber Ihr seht, liebe Stadträtinnen und Stadträte, wir haben nach wie vor ein sehr, sehr, sehr höheres Investitionsvolumen. Nicht nur, aber vor allem wegen den AP3-Projekten und wegen dem Bahnhof.

Wir haben eine Bugwelle vor uns und es wird wichtig sein, uns hier entsprechend auf das Machbare zu fokussieren. Zusammengefasst ergibt sich ein Defizit im Budget des steuerfinanzierten Haushalts von 2,6 Mio. Franken, im Gesamthaushalt von 2,86 Mio. Franken bei unveränderten Steueranlagen und bei Investitionen von brutto 31 Mio. Franken. Das ist nach wie vor ein sehr hohes Niveau. Unten sieht man die kumulierten Defizite und wie sich der Bilanzüberschuss entwickeln wird. Also mit 57 Mio. Fran-



ken ist man hier nach wie vor eigentlich relativ gut unterwegs Aber an dieser Stelle weise ich noch einmal darauf hin, dass der Bilanzüberschuss nicht dem Cash entspricht. Es wird aufgrund der tiefen Selbstfinanzierung eine Zunahme der Verschuldung geben, insbesondere auch der Bruttoverschuldung mit 134 Mio. Franken. Dieser Wert scheint natürlich extrem hoch. Abzuziehen wäre hier das Finanzvermögen, aber auch hier gilt, dass die Zeiten der Schuldenfreiheit vorbei sind.

Als Schlussgedanke komme ich zu möglichen Verbesserungen. Die Verbesserungen, die wir mit der Halbierung des Defizitwertes erreichen konnten, passierten aufgrund von Kürzungen. Ein Teil, nicht alle, aber ein Teil dieser Kürzungen sind Anpassungen an den Wert der Rechnung 2024. Also glich man dabei Budgetposten, die in der Vergangenheit immer zu hoch budgetiert waren, an den Wert der Rechnung an. Das ist bilanztechnisch betrachtet ein Sparen, aber effektiv gekürzt wird in solchen Fällen natürlich nichts.

Schlussgedanken

- Verbesserungen im Vergleich zum letztjährigen Budget und zum letzten Finanzplan resultieren aus Verbesserungen bei den Erträgen (ohne Anpassung der Steueranlage) und ausgabenseitigen Verbesserungen. Dabei handelt es sich auch um Ausgleichungen an Ergebnisse der aktuellsten Rechnung.
- Weitere ergebnisverbessernde Massnahmen bleiben notwendig, um die Zielgrössen in den Planiahren zu erreichen und die Selbstfinanzierung zu verbessern (vol. auch Finanzstrategie)
- Neue Aufgaben und Ausgaben dürfen aus finanzpolitischen Gründen zukünftig nur sehr gezielt getätigt worden.
- Bestehende Ausgaben sind hinsichtlich der gesetzlichen und zwingenden Notwendigkeit konsequent zu überprüfen.
- Ziel: Verringerung des Aufwandwachstums.

18.09.2009

Das würde dazu führen, dessen sich der Gemeinderat bewusst ist, dass es vermehrt den einen oder anderen Fall eines Nachkredits geben wird, wo man schärfer auf das Ergebnis budgetiert und vielleicht ein bisschen vom Vorsichtsprinzip abkam, ohne – und das ist mir wichtig zu betonen – ohne hier irgendwelche Wunschträume ins Budget hineinzuschreiben. Ertragsseitig haben wir Änderungen, wozu insbesondere die budgetierte Konzessionsabgabe zum Vollwert zu nennen ist, die, wie gesagt, die stadträtliche Zustimmung erfordern wird.

Wenn man jetzt sieht, wie hoch die Investitionen sind, dann sind weitere ergebnisverbessernde Massnahmen nötig, um die Zielgrösse in den Planjahren zu erreichen und die Selbstfinanzierung zu verbessern. Aber ja, der Gemeinderat anerkennt, dass die Ausgaben in den baulichen Unterhalt erhöht werden mussten. Und möglicherweise ist auch der Wert, den wir jetzt haben, noch nicht der letzte Wert, vielleicht braucht es dann auch noch weitere Erhöhungen. Vielleicht ist auch noch zu sagen – das als Schlussbemerkung, dass der Gemeinderat jetzt einen klaren Fokus auf das Thema des baulichen Unterhalts setzte, weil hier der Handlungsbedarf höher ist, was ja vielleicht aus meinen Ausführungen hervorgeht. Man schaute sich selbstverständlich alle Posten an und fokussierte sich auf das Wichtigste. Und ich hoffe, Ihr billigt der Exekutive auch zu, dass sie die Prioritäten vielleicht auch ein bisschen von Thema zu Thema setzen muss. Es ist vorstellbar, dass man ein durchaus behandeltes Thema, jetzt nicht mit demselben Fokus verfolgt und vielleicht in künftigen Jahren noch stärker in den Fokus nehmen kann. Dieses Jahr war der bauliche Unterhalt eines der Fokusthemen und im nächsten Jahr kommen dann vielleicht andere daran. Der Gemeinderat arbeitet sich vor. Herzlichen Dank fürs Zuhören.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, Patrick Freudiger, Vorsteher des Finanz- und Steuerwesens, für die auskunftsfreudige Präsentation. Wie ihr hörtet, ist die Exekutive «ausgabefreudiger» als auch schon, insbesondere beim baulichen Unterhalt. «Freudigerweise» werden wir aber auch mehr Einnahmen haben. Berichterstattung der GPK liegt keine vor. Wir kommen zur Beratung des Finanzplans. Es geht hier um das Traktandum Nr. 3, um einen Finanzplan. Ich bitte Euch, dass Ihr die Voten auf das beschränkt. Dank MediaParl könnt Ihr auch Euer Votum in Zukunft so oft hören, wie Ihr wollt. Ihr müsst Euch also nachher nicht beim Traktandum Nr. 4 wiederholen. Gibt es jetzt redefreudige Fraktionssprecherinnen? Daniel Huber, SVP.

Stadtrat Daniel Huber (SVP): Werter Präsident, werte Anwesende, ich greife noch einmal ein paar Punkte von Patrick Freudiger's Präsentation auf und versuche dies auch zu bewerten. Beim Finanzplan und beim Budget spürt man deutlich den Willen, die finanzielle Situation der Stadt in den Griff zu bekommen. So konnte das Defizit im Fünfjahresplan von jährlich 5 bis 6 Mio. Franken auf 1 bis 3 Mio. Franken reduziert werden und das Budget 2026 zeigt gegenüber dem Planjahr 2026 eine Verbesserung von rund 3 Mio. Franken und gegenüber dem letztjährigen Budget von 2025, eine Verbesserung von rund 2 Mio. Franken. Das sind signifikante, bemerkenswerte Verbesserungen. Dazu, wurde an verschiedenen Stellschrauben gedreht, einerseits ausgabenseitig, ohne jedoch den Werterhalt der Infrastruktur zu vernachlässigen, aber andererseits auch einnahmenseitig mit dem Ausbau der Parkplatzbewirtschaftung. Die Erhöhung der Gasgebühren gibt sicher noch mehr zu diskutieren, aber das ist nicht unbedingt Gegenstand von heute.

Und schliesslich nahm man eine realistische Budgetierung an die Hand, indem man berücksichtigt, dass ein Sockel der bewilligten Stellen jeweils unter dem Jahr vakant bleibt. Geld ausgeben ist einfach, vor allem wenn es nicht das eigene Geld ist. Dann beschliesst man schnell einemal eine Investition von mehreren Millionen Franken oder ein Projekt mit jährlichen Kosten von mehreren Fr. 10'000.00 oder Fr. 100'000.00. Sparen ist nachher schwieriger, dort diskutiert man nachher über Positionen von Fr. 2'000.00 oder Fr. 5'000.00. In der Summe macht aber auch das etwas aus, weil Kleinvieh eben auch Mist macht. Der eingeschlagene Weg ist der richtige. Dabei stimmt jedoch noch nicht alles, so gibt es immer noch grössere Differenzen zwischen dem Investitionsplan und den Investitionszielen gemäss internen Vorgaben und wie bereits erwähnt wurde ist auch der Selbstfinanzierungsgrad noch zu tief.

Genau solche Punkte werden jedoch im Projekt «Konsolidierung Gemeindefinanzen» adressiert und deshalb ist das ein wichtiges und gutes Projekt. Wie gesagt, man ist auf dem richtigen Weg. Das Budget zeigt, dass wenn der politische Willen da ist, viel möglich ist. «Wo ein Willen ist, ist auch ein Weg», ohne dass man gerade noch einmal Steuererhöhungen verlangen muss. Deshalb an dieser Stelle herzlichen Dank für die Arbeit, für den Willen, die finanzielle Situation von Langenthal in den Griff zu bekommen. Herzlichen Dank an alle Personen, die im Budgetprozess beteiligt sind. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Fraktionssprecher:innen? Roland Loser, SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Roland Loser (SP): Ja, lieber Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, auch die SP/GL-Fraktion hat sich diesen Finanzplan angeschaut und wir waren durchaus auch ein bisschen überrascht, dass man von einem für die nächsten Jahre geplanten Defizit von 4 Mio. Franken auf 2 Mio. Franken hinunterkommen will. Das ist sicher schön und recht, wir hoffen doch aber wirklich, dass dann eben unsere Investitionen und auch der bauliche Unterhalt nicht zu kurz kommen. Wir begrüssen das, dass man auch auf diese Bereiche ein bisschen Wert legen will, weil wir dies in den letzten Jahren massiv vernachlässigten. Es sagte einmal ein berühmter, zwar mir unbekannter Mensch: «Planung ersetzt den Zufall durch den Irrtum». Und ich denke, es ist immer sehr schwierig, so einen Finanzplan zu machen; vor allem dann, wenn man sieht, dass auf der anderen Seite des Teichs Menschen am Ruder sind, die irgendwelche wirren Zölle erheben, die sich zum Beispiel auf unsere Steuereinnahmen durchaus negativ auswirken könnten. Dementsprechend sind wir auch ein bisschen skeptisch, ob die Mehrerträge, die man hier bei gleichbleibendem Steuersatz vorsieht, so auch schlussendlich eintreten. Und es ist natürlich so, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt, so wie das auch eine gute Schweizer Familie selbstverständlich nicht kann. Aber es kommt mir doch manchmal schon ein bisschen so vor, als dass sich Langenthal wie ein Gen-Z-Jugendlicher verhält, der einfach nur 60% arbeiten und nicht so viel einnehmen will, wie er eigentlich durch seine Arbeitskraft einnehmen könnte, was sich dann bei uns schlussendlich in den Steuern bemerkbar macht. Das ist ein bisschen schade, zumal wir an einem ganz anderen Ort stehen könnten, wenn wir nicht diese Tiefsteuerstrategie gefahren wären, insbesondere in den letzten 15 Jahren. Mit der Steuer hochzugehen ist immer extrem schwierig bis fast unmöglich, das ist uns auch bewusst, aber trotzdem muss man das immer auch im Auge behalten.

Wir sehen auch, dass es zukünftig aufgrund der aktuellen Finanzlage mit der neuen Finanzstrategie, die von dieser Spezialkommission behandelt wird, über die nächsten Jahre sicherlich noch weitere Anpassungen geben wird. Wir würden aber wirklich dazu aufrufen, Langenthal nicht tot zu sparen, denn das, was wir hier investieren, ist eben auch unser Geld. Die Meisten hier im Saal zahlen wohl auch Steuern, die wir hier ausgeben und es ist schlussendlich unsere Stube, die wir uns hier in Langenthal einrichten und wir dabei bestimmen, für was wir das Geld investieren. Ich denke dabei zum Beispiel auch an unsere Bildung, die wir nicht vernachlässigen dürfen; vor allem dann, wenn man sich im Nachhinein wieder darüber beklagt, dass die Sozialkosten steigen und man nicht von Anfang an präventiv dazu bereit ist zu schauen, dass es den Leuten gut geht, sie eine gute Ausbildung haben, womit wir auch stabile Familienverhältnisse unterstützen können. Da darf man sich dann eben nicht beklagen, wenn es schlussendlich anders herauskommt. Wir nehmen den Finanzplan so zur Kenntnis.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Voten seitens der Fraktionen? Pascal Dietrich, FDP/jll/L49-Fraktion.

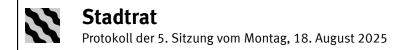
Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich spreche, wie wir das alle so machten, gerade auch zu beiden Traktanden, so wie es auch der Ressortvorsteher machte und damit am schnellsten und effizientesten geht. Wenn man sich die allgemeine Weltlage anschaut, sind wir uns wahrscheinlich einig, sieht es nicht so rosig aus und da hat man gewisse Sorgenfalten. Umso mehr hatten wir in unserer Fraktion der FDP/jll/L49 Freude, als wir das Budget 2026 zugestellt erhielten. Bei der Durchsicht durften wir wirklich – Potz Donner – fest-

stellen, dass da etwas gegangen ist. Wir hörten es bereits von den Vorrednern wie auch vom Ressortvorsteher, dass die Werte gegenüber dem Plan fast überall besser herauskamen. Wenn man sich die einzelnen Bereiche anschaut, sah man wirklich, dass an vielen Orten recht etwas gegangen ist, dass die Sache gut und genau angeschaut wurde und dass auch überall dort Luft aus dem Budget herausgenommen wurde, wo es möglich war. Das ist etwas, was wir hier eigentlich alle Jahre sagten, dass das möglich wäre und dass man das machen sollte. Und jetzt wurde es so für das Budget 2026 umgesetzt. Wir freuen uns wirklich dar-über und sind sehr zufrieden damit.

Es ist klar, dass dies auch Konsequenzen haben kann und der Ressortvorsteher tönte es bereits an, dass, wenn man versucht, näher bei der Realität zu sein und vielleicht ein bisschen weniger Polster einbaut, die Differenz zwischen Rechnung und Budget, je nachdem was passiert, kleiner ausfällt. In der Vergangenheit war es ja so, dass die Rechnung gegenüber dem Budget meistens deutlich besser abschloss. Aber eigentlich ist das auch die Idee eines Budgets, dass man möglichst nah bei der Realität bleibt und nicht überall ein grosses Poster einbaut und sich nachher darüber freut, wenn es am Schluss besser herauskommt. Zusammengefasst kann man wirklich sagen, dass unsere Fraktion an diesem Budgetprozess und dem vorgelegten Resultat sehr Freude hat. Dabei wollen auch wir allen danken; angefangen bei der gesamten Verwaltung mit der Verwaltungsleitung, natürlich einschliesslich dem Finanzamt, der Finanzkommission bis hin zum Ressortvorsteher. Da wurden offensichtlich ganz viele Stunden investiert und ein grosser Aufwand betrieben und das Resultat überzeugt wirklich. Wie vom Ressortvorsteher erwähnt legt der Gemeinderat auch einen Fokus auf den baulichen Unterhalt und auch das unterstützt unsere Fraktion. Man muss wirklich ein bisschen selbstkritisch sagen, dass man dort in der Vergangenheit wahrscheinlich allzu zurückhaltend war und es nichts nützt, alles stets herauszuschieben, zumal nachher die Kosten nur umso grösser werden, weil sich in der Zwischenzeit die Schäden nur noch vergrösserten. Also wir finden es absolut richtig, dass der Gemeinderat dort ein bisschen das Portemonnaie öffnen will. Und man sieht ja eben, dass er es dennoch schaffte, dass dies trotzdem nicht zu einem grossen Defizit führt. Im Gegenteil, es fällt deutlich kleiner als erwartet aus. Schaut man sich den Finanzplan noch etwas weiter bis zum Jahr 2030 an, so sieht man auch dort, dass sich die Werte verbesserten. Auch wenn es das Sprichwort gibt: «Geld macht nicht glücklich», ist es halt trotzdem so, dass der Finanzaushalt einer Gemeinde ein sehr wesentlicher Faktor ist, wie man politisch etwas gestalten oder eben auch nicht gestalten kann. Und gerade unter diesem Aspekt sind wir froh, dass sich das so präsentiert und wir jetzt hoffen, dass sich das nachher auch so verwirklicht lässt und nicht wie zu Beginn erwähnt von der Weltpolitik, komplett «verhagelt» wird. Das wäre schade, aber im Moment bleiben wir optimistisch. Und damit schliesse ich meine Ausführungen. Herzlichen Dank noch einmal an alle, die beim Ausarbeiten des Budgets beteiligt waren. Wir sind sehr zufrieden. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Nun hat Mike Sigrist, GLP/EVP-Fraktion, das Wort.

Stadtrat Michael Sigrist (EVP): Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, auch wir möchten gleich mit dem Dank anfangen. Merci allen, die da mitschafften, egal auf welcher Stufe. Wir freuen uns, dass hier Disziplin sowohl bezogen auf die Ausgaben, aber auch auf die Einnahmen gezeigt wurde; sei es kurzfristiger im Budget, sei es langfristiger im Finanzplan. Und ja, es wurde schon ein paar Mal gesagt, dass das Budget jetzt realistischer oder optimistischer ausfällt. Wir sehen dann an der Berechnung, ob es zu optimistisch war oder ob es diesmal passgenauer ist. Die Prognosen, die darin erwähnt werden, sind gut. Aber wie gesagt ist es schon auch die Frage, ob bei der aktuellen Weltlage die Prognosen auch heute noch einmal so erstellt würden, sei es aufgrund dieser komischen Entscheidungen in den Staaten oder bezogen auf all die Probleme, die es sonst noch gibt. Dies lässt uns ein bisschen zweifeln, ob die Prognosen wirklich stimmen. Aber auch uns freut, dass es mehr Geld für den Unterhalt gibt und wir gehen davon aus, dass er dann auch wirklich gebraucht und eingesetzt wird. Was wir allerdings kritisieren, ist das etwas mantraartige Festhalten am Steuerfuss. Aus unserer Sicht soll sich der Steuerfuss am Bedarf der Stadt orientieren und nicht umgekehrt. Wir befürchten, dass es uns sonst noch böse einholen wird. Aber ich glaube, dass dies auch eine Glaubensfrage ist, ob man schauen will, was der Bedarf ist und erst nachher, was es kostet oder ob man einfach den Preis festsetzt und erst im Nachhinein schaut, was damit möglich ist. Dieses Problem stellt sich im Moment, so glaube ich, auch bei einem nationalen Thema. Merci.



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher. Darf ich jemandem das Wort geben? Das ist nicht der Fall, somit erkläre ich die Beratung für geschlossen, wünscht der Gemeinderat noch das Schlusswort. Das ist auch nicht der Fall. Es handelt sich um eine Kenntnisnahme, eine Abstimmung entfällt. Herzlichen Dank an Gemeinderat Patrick Freudiger und ans gesamte Finanzamt für die riesige Arbeit, die hier geleistet wurde.

3. Budget der Erfolgsrechnung 2026: Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftssteuer: Verabschiedung zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 30. November 2025 und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen direkt zum Traktandum Nr. 3 mit dem Budget der Erfolgsrechnung 2026, Festsetzung der Steueranlage und der Steuersatz für die Liegenschaftssteuer zur Verabschiedung zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 30. November 2025; Genehmigung der Abstimmungsbotschaft. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP):

Ich schlage folgendem Beratungsablauf vor. Zuerst geht es um allgemeine Wortmeldungen zum Budget und zum Gesamtergebnis. Anschliessend werden wir das Budget der Erfolgsrechnung steuerfinanziert und spezialfinanziert nach dem Budget Posten 0 «Behörden- und Führungsunterstützung» bis Posten 6, «Bildung, Kultur und Sport» diskutieren. Anschliessend folgt die Abstimmung über das Budget und zum Schluss werden wir noch die Abstimmungsbot-

Beratungsablauf Traktandum Nr. 3
Budget der Erfolgsrechnung 2026

A: Wortmeldungen zum Budget im Allgemeinen (Gesamtergebnis). Anträge können hier bereits angekündigt werden, beraten werden sie aber erst bei der Detailberatung nach Budgetposten;

B: Beratung des Budgets zur Erfolgsrechnung (allgemeiner steuerfinanzierter und spezialfinanzierter Haushalt) nach Budgetposten, das heisst von «0 – Behörden und Führungsunterstützung» bis «6 – Bildung, Kultur und Sport».

C: Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs und dessen Bereinigung (Ziffern 1.1. und 2. Budget der Erfolgsrechnung auf Stufe Gesamthaushalt; Steueranlage obligatorische Gemeindesteuern und Liegenschaftssteuer).

D: Beratung und Abstimmung zur Abstimmungsbotschaft (Ziff. II. Ziff. 1. und 2.).

schaft verabschieden. Gibt es Bemerkungen zu diesem Vorgehen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beratung des allgemeinen Budgets. Darf ich einer Fraktion das Wort geben?

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, ich habe mich noch schnell dafür auch etwas zu sagen. Roland Loser sagte zwar schon viel und auch Mike Sigrist sprach sehr schön wie alle anderen natürlich auch. Wir danken für die Ausarbeitung dieses Budgets. Wir sind wirklich dankbar, dass es eine bessere Schärfe hat als auch schon, wozu man Dir Patrick Freudiger sicher ein Kränzchen winden darf. Du machtest es gut und wir hoffen, dass das doch so weitergeht und dass wir die baulichen Massnahmen, die nötig sind und von Dir auch erkannt wurden, dieses Mal auch wirklich umsetzen können und nicht wieder nach hinten schieben, damit der Wert der Infrastruktur dementsprechend auch erhalten bleibt. Wir freuen uns auch, dass das Budget so akkurat ausgestaltet wurde und wir werden dazu keine Anträge stellen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, gibt es andere Fraktionen, die das Wort wünschen? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die das Wort wünschen? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zum Punkt B, Beratung nach Budgetposten. Ich werde so vorgehen, dass ich anhand des Zahlenteils ab Seite 26 nachfrage, ob es Anträge gibt. Ab Seite 26 sind die vorher erwähnten Posten 0 bis 6 aufgeführt, dementsprechend werden wir es durchberaten und ich bitte, die gestellten Anträge jeweils pro Budgetposten zuerst zu sammeln. Im Anschluss können wir diese einzeln beraten und darüber abstimmen. Gibt es zu dem vorgeschlagenen Vorgehen Bemerkungen? Das ist auch nicht der Fall. Gut.

<u>Budgetposten 0 «Behörden- und Führungsunterstützung» – Seite 26 bis 29</u>

Gibt es hier Anträge? Bitte, Pascal Dietrich, (FDP/jll/L49).

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Danke, Herr Präsident, nur ganz kurz. Ich stelle keinen Antrag, aber ich möchte auf etwas aufmerksam machen. Wenn Ihr auf der Seite 27, unter Konto Nr. 0200.3636.82 «SC Langenthal; Umsetzung des Projekts "Reform" (Beitrag Eismiete KEB)» schaut, so waren in der Rechnung 2024 Fr. 165'000.00 aufgeführt und im Budget 2025 wie im Budget 2026 gibt es keinen Eintrag. Der SC Langenthal orientierte alle Fraktionen und bediente sie mit dem Argumentarium. Warum wäre das sehr einschneidend, wenn hier kein Betrag mehr gesprochen würde, insbesondere sehr einschneidend für die Junioren, Buben und Mädchen, die gerne Hockey spielen? Und beim Eishockey verhält es sich halt nicht so wie beim

Fussball. Gut, dort haben wir mit dem Kunstrasenfeld auch schon eine Infrastruktur, die Geld kostet, aber Eis ist halt noch einmal teurer, weil man das einfach nur mit der Eismaschine machen kann und relativ teuer ist. Es wäre wirklich verheerend für die Juniorabteilung des SC Langenthal, wenn diese Position leer bleiben würde. Ich stelle aber heute bewusst keinen Antrag, weil ich dem Gemeinderat nicht reinfunken will. Der SC Langenthal stellte im letzten März ein Gesuch an den Gemeinderat, dass in irgendeiner Form weiterhin eine Unterstützung geleistet werden sollte. Ich hoffe, dass der Gemeinderat möglichst bald über das Gesuch befindet, damit der SC Langenthal nachher auch Planungssicherheit bekommt. Das müssen ja nicht genau Fr. 165'000.00 sein, geht es vielleicht auch mit ein bisschen weniger Geld. Aber wenn es gar nichts gibt, dann besteht das Risiko, dass nachher weniger Mädchen und Buben Hockey spielen können und ich denke, das wäre sehr schade. Das wollte ich kurz zuhanden des Protokolls sagen, dass wir dem Gemeinderat vertrauen, dass er möglichst bald darüber entscheidet und da irgendetwas Gleiches unternimmt. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Wortmeldungen oder gibt es Anträge zum Budgetposten 0, Seite 26 bis 29? Das ist nicht der Fall.

Budgetposten 1 «Zentrale Dienste» – Seite 29 bis 31

Ohne Wortmeldung.

Budgetposten 2 «Finanzwesen» - Seiten 31 bis 36

Ohne Wortmeldung.

Budgetposten 3 «Bauwesen» – Seiten 37 bis 44

Ohne Wortmeldung.

<u> Budgetposten 4 «Polizei, Militär, Feuerwehr und Einwohnerdienst» – Seiten 44 bis 51</u>

Ohne Wortmeldung.

Budgetposten 5 «Sozialwesen» – Seiten 51 bis 53

Ohne Wortmeldung.

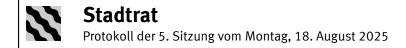
Budgetposten 6 «Bildung, Kultur und Sport2 – Seiten 53 bis 68

Ohne Wortmeldung.

Gibt es Wortmeldungen zum Bereich zuhinterst im Budget zu der Seite 69 bis 73 in der Zusammenfassung des Aufwandertrags und im Vergleich zum Budget 2024 und 2025?

Das ist auch nicht der Fall. Gibt es noch weitere Wortmeldungen, bevor wir die Beratung schliessen? Gut, das scheint nicht der Fall zu sein, dann hat der Gemeinderat das Schlusswort.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Merci, Herr Stadtratspräsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, ich möchte mich namens des Gemeinderates für die positive Aufnahme des Finanz- und Investitionsplans herzlich bedanken, aber ebenso für die positive Aufnahme des Budget 2026. Wir fassen das als Vertrauensbeweis auf, aber auch als Auftrag, die entsprechenden Leitungen, die wir jetzt hier vorlegten, auch entsprechend umzusetzen, Ich denke, es ist auch ein gutes Signal für die Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung, wenn man hier in allen Teilen am gleichen Strick ziehen kann. Vielleicht kann ich noch betreffend dem SC Langenthal zuhanden von Stadtrat Pascal Dietrich sagen, dass es zutreffend ist, dass unter dieser Position kein Betrag aufgeführt ist. Das ganz einfach damit begründet, dass der letzte Beschluss halt einfach bis und mit 2025 geht und 2026 nicht miteinschliesst. Es hat keinen anderen Grund und ich bin auch froh, dass dazu kein Antrag gestellt wurde, denn eine Summe ins Budget zu schreiben, reicht nicht aus, damit man das Geld effektiv ausgeben kann. Es braucht neben einem Budgetkredit immer auch einen Ausgabenbeschluss des zuständigen Organes. Es wurde richtig gesagt, dass ein Gesuch einge-



reicht wurde, auch bearbeitet und nachher durch das entsprechend finanzkompetente Organ auch beschlossen wird. Somit kann man nun aufgrund eines fehlenden Eintrags im Budget nicht daraus schliessen, dass da irgendwie ein Entscheid gefällt wurde, ganz im Gegenteil. Das Gesuch ist in Bearbeitung, worauf ich hier nach Rücksprache mit dem zuständigen Ressortvorsteher gerne hinweise. Also zusammengefasst noch einmal herzlichen Dank für die gute Aufnahme, für das Vertrauen, das Ihr dem Gemeinderat entgegenbringt und es freut mich, dass wir am gleichen Strick ziehen können. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Danke vielmals, Patrick Freudiger. Wir kommen in diesem Fall zur Abstimmung des grau markierten Teils im Beschlussesentwurf. Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmt und den Gemeindesbeschluss zuhanden der Volksabstimmung gemäss dem grau markierten Teil im Beschlussesentwurf, Ziff. I, annehmen will, zeigt das mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

Ihr habt es somit mit der Einstimmung mit 35 Stimmen bei 0 Neustimmen und 0 Enthaltungen angenommen. Wir kommen zur Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft. Gibt es hier Wortmeldungen dazu? Auch das scheint nicht der Fall zu sein. Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer dem Beschlussesentwurf Ziff. II zustimmen möchte und somit den Entwurf der Abstimmungsbotschaft zuhanden der Stimmberechtigten der Stadt Langenthal annehmen will, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:

 Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts und Antrags vom 2. Juli 2025 beantragt der Einwohnergemeinde Langen-thal Zustimmung zu folgendem

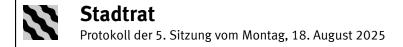
Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 18. August 2025, beschliesst:

- 1. Das Budget der Erfolgsrechnung 2026 auf der Stufe Gesamthaushalt der Einwohnergemeinde Langenthal mit einem Gesamtaufwand von Fr. 102'630'000.00 und einem Gesamtertrag von Fr. 99'764'500.00, das heisst mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts von Fr. 2'865'500.00, wird genehmigt. Das Er-gebnis setzt sich aus dem Aufwandüberschuss im steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt von Fr. 2'602'800.00 und dem Aufwandüberschuss der Spezialfinanzierungen von Fr. 262'700.00 zusammen.
- 2. Für das Jahr 2026 werden festgelegt:
 - a. die Steueranlage für die obligatorischen Gemeindesteuern unverändert auf das 1.44-fache der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze;
 - b. die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1.0 ‰ des amtlichen Wertes.
 - 3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen

- II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009, beschliesst:
- 1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal vom 2. Juli 2025 wird genehmigt.
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



4. Hausbesuchsprogramm schritt:weise: Angebot und Finanzierung der Jahre 2026 bis 2028; Übertragung der operativen Durchführung an den Verein zur Förderung und Integration im Oberaargau (BIO): Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen somit zu Traktandum Nr. 4: Hausbesuchsprogramm schritt:weise: Angebot und Finanzierung der Jahre 2026 bis 2028; Übertragung der operativen Durchführung an den Verein zur Förderung und Integration im Oberaargau (BIO); Zustimmung und Kreditbewilligung. Wird das Eintreten bestritten? Das Eintreten wird nicht bestritten und wir kommen zur Beratung.

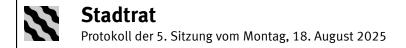
II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Die Berichterstattung des Gemeinderates hat die zuständige Gemeinderätin Martina Moser, Ressortvorsteherin Sozialwesen, Altersfragen und Gesundheit.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Sehr geehrter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende, die frühe Förderung ist in der Strategie des Kantons Bern fest verankert und das Hausbesuchsprogramm «schritt:weise» stellt dabei eine zentrale Massnahme bei risikoreichen Familien dar. Mit dem aufsuchenden Programm kann die Lücke zwischen nachgeburtlicher Betreuung und Schuleintritt abgedeckt werden. Da in dieser Phase meistens keine Fachpersonen mit sozial benachteiligten Familien in Kontakt stehen. Die frühe Förderung umfasst Angebote und Massnahmen, die sowohl Familien mit Kindern im Vorschulalter als auch Vorschulkinder direkt stärken und auch damit die Integration fördern und den Kindern aus risikoreichen Familien einen günstigen Start in die Schullaufbahn ermöglichen. Die frühe Förderung ist somit klar abzugrenzen von Bemühungen, die Kinder möglichst früh zu beschulen im Sinn von zusätzlichen Bildungsangeboten.

Bei Kindern in Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status kann es vorkommen, dass aufgrund von fehlenden Ressourcen und einem fehlenden anregungsreichen Umfeld ihre Entwicklung gewissen Risiken ausgesetzt ist, was zu einem Kompetenz- und Ressourcendefizit führen kann. Langfristig gesehen kann das hohe finanzielle Auswirkungen auf eine Volkswirtschaft haben, da oft mit weiteren Kosten wie beispielsweise im Bereich Schulsystem, Kindschutz, Gesundheit, Sozialhilfe, oder auch im Bereich der Justiz gerechnet werden muss. Beim Hausbesuchsprogramm «schritt:weise» besuchen ausgebildete Personen die Familien mit kleinen Kindern direkt zu Hause und fördern mit einer professionellen Methodik wichtige Bereiche der frühkindlichen Entwicklung; zum Beispiel die Sprache, die Motorik, die soziale Einbindung und so weiter. Bei diesen Hausbesucher:innen handelt es sich um geschulte Laienmitarbeitende, was dazu beiträgt, dass die Betriebskosten verhältnismässig kostengünstig sind. Ziel ist es, diesen Kindern einen gelungenen Start in die Schullaufbahn zu ermöglichen.

«schritt:weise» als Teil der frühen Förderung ist somit das Präventionsprogramm für den Kindschutz und dient nicht zuletzt dazu, eben nachgelagerte Kosten zu vermindern. Das Programm stützt sich auf ein schweizweit einheitliches Konzept von «a:primo», das ist eine Fachorganisation für frühe Förderung und das wiederum ermöglicht, die Kosten an den einzelnen Standorten tief zu halten. «schritt:weise» hat das Ziel auf drei verschiedenen Wirkungsebenen. Die erste sind die Kinder. Es erreicht sowohl die direkt geförderten Kinder und ihre Mütter, als auch dann auch gerade ihre Geschwister. Durch die täglichen Spiel- und Lernerfahrungen der Kinder mit ihren Eltern erweitern sich ihre sprachlichen, motorischen und kognitiven, aber auch sozialen und emotionalen Kompetenzen. Die zweite Wirkungsebene ist bei den Eltern. Das Kernziel des Programms ist die Verbesserung und die Intensivierung der Eltern-Kind-Interaktion. Die Eltern sollen mehr Sicherheit im Umgang mit ihren Kindern bekommen. Dabei werden sie in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und für die altersspezifischen Bedürfnisse ihrer Kinder sensibilisiert. Das praktische Vorgehen vermitteln ihnen dann eben die Hausbesucher:innen durch modellhafte Anleitungen während ihrer Besuche. Die dritte Ebene ist dann noch die Familie als Ganzes. Das Gespräch und das gemeinsame Spiel soll eine wichtige Bedeutung einnehmen und zu einem positiven Familienklima führen. Durch den Transfer des erworbenen Wissens auf die Erziehung der Geschwister profitiert die Familie eben auch als Ganzes. Familien



lernen die Angebote der Stadt kennen und werden stärker ins soziale Netz integriert. Die Sprachkenntnisse verbessern sich durch die Auseinandersetzung mit den Arbeitsmaterialien und durch die Aussenkontakte, die sich dabei ergeben. Zu guter Letzt bietet das Hausbesuchsprogramm den Hausbesucher:innen auch noch gerade einen Mehrwert; nämlich einen ersten Schritt, beziehungsweise einen Einstieg in die Arbeitswelt.

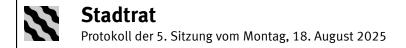
Und je früher man altersmässig in die frühe Förderung investiert, desto höher sind die Einsparungen von diesen diversen bereits erwähnten, nachgelagerten Kosten, die dann sonst später anfallen könnten. Man kann zwar nicht gerade ganz genau sagen, welche heute investierte Franken in einem, in fünf oder in zehn Jahre zu welchem eingesparten Franken führt. Aber die Wirksamkeit eines Programms wie «schritt:weise» kann gemäss der Wissenschaft anhand des sogenannten «Social Return on Invest» aufgeschlüsselt werden. Dieser basiert auf kontrollierten Langzeitstudien oder datengeschützten Kalkulationen. Dabei zeigt er auf, dass Frühförderprogramme langfristig für die Öffentlichkeit weniger Kosten verursachen, als sie im Gegenzug langfristig damit einsparen. Für die Berechnung der Programmkosten werden sogenannte Modellbudgets angewendet. Der Kanton richtet sich nach diesen Budgets. Die kantonale Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) finanziert das Hausbesuchsprogramm zu einem Drittel auf der Basis des Modellbudgets und bestätigte die Handhabung für den nächsten geplanten Umgang, bereits mit Brief vom 2. April 2025. Die Restfinanzierung obliegt dann der Durchführungsgemeinde. Drittnutzer wie die Gemeinde Thunstetten oder allenfalls weitere Gemeinden oder die ORS¹ als regionalen Partner im Asylwesen finanzieren die Nutzung zum Kostentarif. Zudem beteiligen sich die teilnehmenden Familien von «schritt:weise» mit einem Beitrag von 15 Franken pro Monat ebenfalls an den Kosten. Ihr konntet die Angaben auch im B&A entnehmen. Dabei geht es für die beantragten Jahre 2026 bis 2028 um zwei Programmdurchläufe an 18 Monaten für je 15 Familien. Dies führt entsprechend dem erwähnten Modellbudget von «a:primo» zu einem jährlichen Bruttobetrag von Fr. 112'222.00 und somit zu einem Gesamtbetrag von Fr. 336'666.00.

Hier möchte ich vielleicht gerade noch eine Randbemerkung anbringen. Ihr konntet den Unterlagen auch entnehmen, dass wir dort im Nachhinein noch einen kleinen Tipp- oder Rechnungsfehler feststellten und das im Rahmen der Sitzung der Finanzkommission auch noch anbrachten. Aber ich glaube, dass es trotz allem gut erkennbar ist, wie die Zahlen zustande kommen. Abzüglich der Beiträge des Kantons, der teilnehmenden Familien und der Anteile dieser Plätze, die an Thunstetten und an die ORS abgetreten werden, bleibt dann ein Nettobetrag für die Stadt Langenthal von jährlich Fr. 56'722.70, beziehungsweise ein Gesamtbetrag für die Periode 2026 bis 2028 von Fr. 170'168.10.

«schritt:weise» wird es seit 2009 ununterbrochen durchgeführt, und zwar vom Verein BIO als Trägerschaft zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau und ihrer Fachstelle Interunido². Und sie möchten das auch für den neuen Durchgang ab 1. Januar 2026 gerne wieder machen. Die unveränderte Nachfrage, verbunden mit dem Bericht von «a:primo» aus dem Jahr 2024 zur Umsetzung des Programms «schritt:weise» bestätigen den Bedarf für das Angebot des Hausbesuchsprogramms. In dem Bericht von «a:primo» wurde aufgrund der quantitativen Daten die Wirksamkeit des Hausbesuchsprogramms ausgewertet. Die Auswertungen bestehen für jede Durchführungsgemeinde einzeln. Es wurden während «schritt:weise» positive Entwicklungsverläufe bei den Kindern wahrgenommen. Die positiven Verläufe können in den verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel kognitiv, motorisch, sprachlich und sozial emotional verzeichnet werden. Dort haben wir in den allermeisten Fällen eine leichte bis sogar deutliche Verbesserung. Während des Programms konnten für 97% Anschlussangebote gefunden werden. Unter anderem wurde während des neunten Durchlaufs von «schritt:weise» hier im Langental vermehrt die Vernetzung mit der Mütter-Väter-Beratung angestrebt. Auch die Wirkung auf die Eltern wird in diesem Monitoringbericht evaluiert. Man stellte fest, dass in allen Wirkungsfeldern leichte bis deutliche Verbesserungen stattfanden.

¹ ORS = international anerkannte Dienstleisterin zur Sicherstellung einer professionellen Betreuung geflüchteter Menschen von der Unterbringung bis zur Integration.

² Interunido = Organisation für Bildung und Integration von Menschen, die aus dem Ausland stammen und im Oberaargau Fuss fassen möchten.



Das bezieht sich auf die Eltern-Kinder-Interaktionen, die Erziehungskompetenz, die soziale Vernetzung und die Integration.

Die Ausführungen zeigen auf, dass mit dem Hausbesuchsprogramm «schritt:weise» ein präventives und niederschwelliges Angebot besteht, bei dem die Kinder in ihrer ihrem Alter entsprechenden Entwicklung gefördert und die Eltern in ihrer Erziehungsfunktion gestärkt werden können. Damit wird die Integration und der Sozialaustausch der ganzen Familie begünstigt. Der Gemeinderat spricht dem Programm eine hohe Bedeutung zu und nahm die abermalige Durchführung des Programms auch als Massnahme bei den neuen Richtlinien der Regierungstätigkeit auf. Er beantragt Euch daher eine lückenlose Weiterführung des Hausbesuchsprogramms «schritt:weise» für die Zeit vom 1. Januar 2026 bis zum 31. Dezember 2028 und dessen Finanzierung.

Erlaubt mir zum Schluss noch einen kleinen weiteren Punkt; und zwar auch im Wissen, dass die GPK betrefend die Zuständigkeit für den Beschluss eine andere juristische Einschätzung vornimmt als der Gemeinderat, wozu ich auch noch ein paar Worte verlieren möchte. Die Einstufung der Ausgaben als wiederkehrend werden unsererseits damit begründet, dass jeweils für einen bestimmten Zeitraum die bestehende rechtliche Verpflichtung verlängert wird, und sich es nicht um eine neue, einmalige Verpflichtung handelt. Die ausführliche Herleitung dieser Einschätzung konntet ihr dem B & A entnehmen. Deshalb fällt aus Sicht des Gemeinderates die hier vorliegende wiederkehrende Ausgabe in die Entscheidkompetenz des Stadtrats, und zwar unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es eine Frage der Auslegung ist und es gute Gründe und Argumente gibt, beide juristischen Einschätzungen zu unterstützen. Er hält aber trotz, oder gerade deswegen, an seiner Einschätzung fest. Ich danke Euch herzlich für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung dieses Geschäfts.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, Martina Moser. Die Berichterstattung der GPK übernimmt Linus Rothacher, SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die GPK setzte sich an ihrer Sitzung vom 4. August 2205 mit dem vorliegenden Traktandum auseinander. Wir wurden dabei vom stellvertretenden Ressortvorsteher Martin Lerch ausführlich und kompetent über die Vorlage informiert. Insbesondere die rechtliche Qualifizierung der vorliegenden Ausgabe sorgte bei der GPK wie bereits angetönt für internen Beratungsbedarf. Der GPK fiel bei der Konsultation des B&A und des Beschlussantrags ins Auge, dass einerseits im B&A die Herleitung aufgeführt ist, die nach dem Beschluss als wiederkehrende Ausgabe zu betrachten ist und die gemäss den Finanzkompetenzen nach Art. 6, Abs. 1, Ziff. 3 der Stadtverfassung unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums steht. Im Beschlussesentwurf hingegen wird uns auf Grundlage des genannten Artikels jedoch eine Gesamtausgabe von Fr. 330'000.00 beantragt. Nach Auffassung der GPK sollte es eben so aufgebaut sein, dass der Beschluss, falls es sich dann um eine wie derkehrende Ausgabe handelt, eben als jährlich wiederkehrende Ausgabe von Fr. 112'000.00 – oder was es dann ist – eingestellt und nicht die Gesamtsumme beantragt werden müsste. Die GPK befasste sich mit eben dieser strittigen Frage, ob im vorliegenden Fall eine einmalige oder eine wiederkehrende Ausgabe vorliegt. In der Kommission wird die Auffassung vertreten, dass sich dabei um eine einmalige Ausgabe handelt. Das kommt daher, dass sich es vorliegend um eine Ausgabe handelt, bei der wir oder wir in der Kommission die Auffassung haben, dass wir als Parlament immer wieder Ja oder Nein dazu sagen können, respektive dass sich der aktuell zur Diskussion stehende Beitragszeitraum nicht vorhergehend bedingt wird. Somit wird nicht eine rechtlich bestehende Verpflichtung verlängert wird, sondern dass es bei jedem neuen Beschluss sozusagen um einen neuen Beschluss zu dieser Ausgabe handelt. Weiter kann sich die GPK auch nicht der Rechtsauffassung des Gemeinderates anschliessen, oder die zumindest gemäss B&A diskutiert wurde, dass die Zuständigkeit anhand der Summe aller in dieser Frage gesprochenen Beiträge ermittelt werden soll. Das hätte aus Sicht der GPK zur Folge, dass sobald ein Gesamtvolumen von über 2 Mio. Franken vorliegt, bei jeder Neuauflage von «schritt:weise» eine obligatorische Volksabstimmung durchgeführt werden müsste. Und das kann ja wohl kaum als sinnvoll erachtet werden.

Die GPK entschied sich nachher in ihrer internen Beratung insbesondere mit Blick darauf, dass das Geschäft nicht wegen solcher formalen und juristischen Streitigkeiten verzögert werden soll, mit 6:0 Stimmen bei zwei abwesenden Mitgliedern den nachfolgenden Abänderungsantrag zu unterbreiten. Konkret, genau wie gerade eingeblendet, soll die vorliegende Ausgabe als einmalige Ausgabe im Sinn von Art. 61, Abs. 2, Ziff. 2 der Stadtverfassung qualifiziert werden. In der Folge davon entfällt dann logischerweise auch

Antrag Geschäftsprüfungskommission zu Traktandum Nr. 4

Beschlüssentwurf:

Der Stadtrat, gestützt auf Art-61-Alss-12/III-3-Art 6.1 Alss-2/III-2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 – unter Worlebahlt des fabultatives Referendums- Sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 2. Juli 2025 beschliest:

1. Die Stadt Langenthal bietet in den Jahren 2026 bis 2028 das Hausbesuchsprogramm "schrittweise" für 15 Familien an.

2. Die Stadt überfrägt die operative Durchführung des Hausbesuchsprogramms "schrittweise" für 19 Familien an.

3. Für die Finanzierung dieses Angebots für die Jahre 2026 bis 2028 wird ein Verpflichtungskredit für die Ausgabe von bruto fr. 33 Ge66.00 Dewilligt, wobei im Detail

a) in den Budgets der Erfolgsrechnungen 2026 bis 2028, Konto 5370.3636.272 "interunido, Beitrag Hausbesuchsprogramm Schrittweise", ein Beitrag von jeweits Fr. 112/222 0.04 Bis Hutzudurvland ins Budget eingestellt wird;

b) in den Budgets der Erfolgsrechnungen 2026 bis 2028, Konto 5370.4631.22 "interunido, Beitrag Hausbesuchsprogramm Schrittweise", für den allfälligen Ertrag je ein Beitrag von ire: 55599.30 ins Budget eingestellt wird.

4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug, insbesondere dem Abschluss von Leistungswereinbarungen mit der Gesundheits, Integrationis und Sozialdirektion GSI, dem Verein zur Forderung der Bildung und Integration in

der Vorbehalt des fakultativen Referendums. Weiter nahm die GPK auch mit grosser Befriedigung davon Kenntnis, dass der Gemeinderat dem Prüfungsauftrag der Finanzkommission zustimmte und die Verwaltung damit beauftragte, die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für künftige Beitragsleistungen an Dritte zu prüfen. Für die GPK steht im Vordergrund, dass vergleichbare Fälle von Beitragsleistungen an Dritte künftig auch gleichbehandelt werden sollen. Das war in der Vergangenheit nicht immer, und wie das vorliegende Beispiel auch aufzeigt, nicht immer für den gleichen Fall klar. Die GPK begrüsst den Prüfungsauftrag des Gemeinderates an die Verwaltung daher explizit und freut sich dann zu gegebener Zeit über die Resultate unterrichtet zu werden. Ich schliesse damit meine Berichterstattung und danke für Eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, Linus Rothacher. Wir behandeln zuerst den Antrag der GPK. Gibt es hier Fraktionssprecher? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Diego Clavadetscher, FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nur, damit ich als einfaches Mitglied des Stadtrates nachvollziehen kann, wo ich die Akte hätte finden können. Im Bericht & Antrag referenziert die Begründung dieses ganzen Beschlusses auf Ziff. 2. In der Titelbotschaft nahm man eine Änderung bei der Grundlage dieses Beschlusses vor und bezog die Begründung auf Ziff. 3 von Art. 61, Abs. 1 Und jetzt hörte ich vorher, dass wir für die Änderung eine Begründung hätten finden können, die wir aber eben nicht finden konnten, da sie sich nicht in der Stadtratsakte befand. Und dementsprechend wäre es für andere Fälle, in denen der Gemeinderat den Bericht & Antrag in formeller Hinsicht gegenüber seinen Ämtern abändert – was er durchaus darf – wichtig, dass er die Begründung liefern würde, warum er das so machte. Dann ist es für uns Stadtratsmitglieder auch einfach nachzuvollziehen. Das ist im Sinne einer Bemerkung, stehe ich doch voll und ganz hinter der Schlussfolgerung der GPK, was nicht zu einem Missverständnis führen soll, sondern eine Bitte für die Zukunft ist.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Herr Vizestadtratspräsident, natürlich als Einzelsprecher. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Nein. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch einmal das Wort? Auch nicht. Dann kommen wir zum Änderungsantrag zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der GPK zur Änderung des Beschlussentwurfs des Gemeinderates betreffend Ziffer-Abstützung und betreffend Streichung des Vorbehalts des fakultativen Referendums sowie der Ergänzung von Ziff. 3, lit. B zustimmen will, zeigt das mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

Abstimmung über den Änderungsantrag der GPK zu Trakt. Nr. 4

36 Ja einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Antrag Geschäftsprüfungskommission zu Traktandum Nr. 4

Beschlussentwurf: NEU

Der Stadttrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 2. Juli 2025 beschliesst:

- Die Stadt Langenthal bietet in den Jahren 2026 bis 2028 das Hausbesuchsprogramm "schrittweise" für 15 Familien an.
- raillieri au.

 2. Die Sadti überfrägt die operative Durchführung des Hausbesuchsprogramms "schritt:weise" dem Verein zur Förderung der Bildung und integration im Oberaargau (BIO) mit der Geschäftsstelle interunido.

 3. Für die Finanzierung dieses Angebots für die Jahre 2026 bis 2028 wird ein Verpflichtungskredit für die Ausgabe von brutto Fr. 336'666.00 bewilligt, wobei im Detall in
- a) in den Budgets der Erfolgsrechnungen 2026 bis 2028, Konto 5370.3636,22" interunido, Beitrag Hausbesuchsprogramm 'schritt:weise'", ein Beitrag von jeweils Fr. 112'222.00 als Bruttoaufwand ins Budge eingestellt wird;
- bijn den Budgets der Erfolgsrechnungen 2026 bis 2028, Konto 5370.4631.22 "Interunido, Beitrag Hausbesuchsprogramm schritt-weise", für den allfälligen Ertrag je ein Beitrag von Fr. 55'499.30 ins Budget eingestellt wir.
- CHE Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug, insbesondere dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit der Gesundheits, Integrations- und Sozialdiektion GSI, dem Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberarapus BIO und anderen Gemeinden beautragt.

Wir kommen zur Beratung des Geschäfts. Darf ich einer Fraktion das Wort geben? Cornelia Gerber-Scherer, SP/GL-Fraktion.

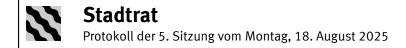
Stadträtin Cornelia Gerber-Schärer (SP): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste und Anwesende, Martina, herzlichen Dank für die spannende und gute Ausführung des Geschäfts. Dennoch möchte ich vielleicht ein paar Sachen wiederholen. Wie «a:primo» in den letzten Publikationen hervorhob, geht es wirklich auch um die Ermächtigung und die Befähigung dieses Familiensystems der Eltern. Schritt:weise ist es ganz ein wichtiges und gutes etabliertes Programm und es geht nicht um die frühe Beschulung, dass die Kinder wirklich schnell eine Sprache ändern können oder irgendetwas, sondern es ist ein wichtiges, präventives Spiel- und Lernprogramm, bei dem die Kinder trotz vorbelastenden Faktoren und einer gewissen Vulnerabilität eine gesunde, nachhaltige Entwicklung geniessen können und das Hausbesuchsprogramm «schritt:weise» unterstützt und fördert die Entwicklung in verschiedenen Bereichen.

Wichtig ist dabei, dass das Kind dank der Interaktion mit den Eltern innerhalb der Familie, dank der Netzwerkarbeit und dank den Begegnungen befähigt wird, das System selbstständiger und unabhängiger zu machen und sich dabei besser darin zurechtfindet, was Martina Moser anhand der drei verschiedenen Standpfeile sehr schön erläuterte. Notabene können da Kosten gespart werden. Mir geht es aber auch vor allem um das Kindeswohl und um die Familie. Als Fachlehrperson merke ich auch immer, dass es bei einer Mehrsprachigkeit total irritierend ist, mit wem jetzt die Kinder wie welche Interaktion pflegen soll und dass dort die Eltern in verschiedenen Formen gut angeleitet und begleitet werden müssen.

Interunido Langenthal führt das Programm seit 16 Jahren nahtlos durch und begleitete in dieser Zeit zwischen 15 und 20 Familien. Und an dieser Stelle möchte ich einfach meinen herzlichen Dank aussprechen, weil dieser Erfolg für mich sicht- und spürbar ist und der Bedarf immer noch und mehr als gegeben ist. «schritt:weise» öffnen Tür und Tor und stärkt die Beziehung von Kindern zu den Eltern, damit sie gesund aufwachsen dürfen. Was das für die Zukunft für Auswirkungen hat, auch monetäre für uns, wurde von Martina Moser wunderbar ausgeführt. Deshalb unterstützt unsere Fraktion ganz klar und einstimmig diesen Beschlussentwurf und wir liebäugeln damit und hätten Freude, wenn dies irgendwann nicht mehr alle drei Jahre hier besprochen werden muss, sondern nicht nur kantonal, sondern auch hier in der Stadt Langenthal fest etabliert ist und als Auftrag angesehen wird. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Deborah Nyffenegger, FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadträtin Deborah Nyffenegger (FDP): Sehr geehrter Stadtratspräsident, werte Anwesende, wie ich vernahm, ist das Geschäft jetzt zum fünften. Mal im Stadtrat. Es ist viel Geld für jetzt diese 15 Familien, was ehemals 20 Familien waren. Es ist aber ein gezieltes Programm. Gezielte Programme zur frühen Förderung, wie das eben «schritt:weise» ist, verursachen langfristig jedoch weniger Kosten für die Öffentlichkeit, was Martina schön ausführte, und bieten nachweislich echte Unterstützung für Familien und haben eben die Prävention im Blickfeld wie sich das Roland Loser wünschte. Die FDP/jll/L49-Fraktion wird dem Beschlussesentwurf, wie er nun vorliegt, einstimmig folgen.



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist auch nicht der Fall. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch das Schlusswort? Nein. Wer dem Beschluss gemäss dem Antrag der GPK zustimmen will, so wie Ihr ihn hier eingeblendet seht, zeigt das bitte mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61, Abs. 2, Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 2. Juli 2025, beschliesst:

- Die Stadt Langenthal bietet in den Jahren 2026 bis 2028 das Hausbesuchsprogramm «schritt:weise» für 15 Familien an.
- 2. Die Stadt überträgt die operative Durchführung des Hausbesuchsprogramms «schritt:weise» dem Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau (BIO) mit der Geschäftsstelle interunido.
- 3. Für die Finanzierung dieses Angebots für die Jahre 2026 bis 2028 wird ein Verpflichtungskredit für die Ausgabe von brutto Fr. 336'366.00 bewilligt, wobei im Detail
 - a) in den Budgets der Erfolgsrechnung 2026 bis 2028, Konto 5370.3636.22 interunido, Beitrag Hausbesuchsprogramm «schritt:weise», ein Beitrag von jeweils Fr. 112'222.00 als Bruttoaufwand ins Budget eingestellt wird;
 - b) in den Budgets der Erfolgsrechnung 2026 bis 2028, Konto 5370.4631.22 interunido, Beitrag Hausbesuchsprogramm «schritt:weise», für den allfälligen Ertrag je ein Beitrag von Fr. 55'499.30 ins Budget eingestellt wird.
- 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug, insbesondere mit dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen der Gesundheits-, Integrations- und Sozialdirektion GSI, dem Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau BIO und anderen Gemeinden beauftragt.

5. Feuerwehr; Ersatzbeschaffung Kleinlöschfahrzeug; Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir fahren mit Traktandum Nr. 5 weiter. Es geht um die Feuerwehr, das heisst um Zustimmung und Kreditbewilligung zur Ersatzbeschaffung des Kleinlöschfahrzeugs. Ist das Eintreten bestritten? Das Eintreten ist nicht bestritten und wird stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Für die Berichterstattung des Gemeinderates hat Martin Lerch das Wort, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit.

Gemeinderat Martin Lerch (SVP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, werte Kolleginnen und Kollegen der Gemeinderat, werte Gäste und auch Anwesende der Feuerwehr. Ja, ich freue mich, dass ich das Geschäft vorstellen darf. Es wurde bereits gesagt, dass es um Zustimmung und Krediterteilung zur Ersatzbeschaffung des Kleinlöschfahrzeugs geht.

Agenda

Einsatz in der Einwohnergemeinde Bleienbach

Ich möchte so wie hier aufgezeigt vorgehen. Ihr müsst nicht Angst haben, dass es lange geht, ist es doch zu warm hier im Saal. Ich werde etwas zur Ausgangslage sagen dann zur Begründung des Einsatzes in Bleienbach, zum Beschaffungsverfahren, zum Zuschlag unter Vorbehalt, zum Verpflichtungskredit sowie zum Antrag.

Beschaffungsverfahren

Zuschlag unter Vorbehalt

Verpflichtungskredit

Antrag

Antrag

Ausgangslage

Zu ersetzendes fahrzeug

Jahrgang 1991 = 34-Jährig

Hohe Unterhaltskosten

Geringer Einsatzwert in heutiger FtV-Organisation

Nur 3 Adf können mitfahren

Wassertak mit nur 250 Liter

Leien Wassertak mit nur 250 Liter

Leien Wassertak mit nur 250 Liter

Leien Wassertak mit nur 250 Liter

Fazit → Ersatzbeschaffung

Zur Ausgangslage ist zu sagen, dass das zu ersetzende Fahrzeug Jahrgang 1991 hat. Das sagt eigentlich alles. Wer fährt noch einen «Chlapf» von damals, wenn er nicht ein antikes Fahrzeug bewegen will, was einfach ein sehr hohes Alter für solch ein Fahrzeug ist. Es hat deshalb auch einen sehr geringen sogenannten Einsatzwert in der heutigen Feuerwehrorganisation. Was heisst das? Es können nur sehr wenige Leute zusteigen, nämlich nur drei. Die Wassermenge, die mitgeführt werden kann, ist mit 250 Liter nach

heutigen Kriterien ungenügend. Es ist kein Wasserzubringer möglich, man kann es nicht andocken und es ist auch nicht vorgesehen, dass es Atemschutzgeräte mitführt. Und Atemschutzgeräte können ganz entscheidend sein im Einsatzfall, dass man an den Brandherd herankommt und dann auch entscheiden kann, ob sich etwas zu einem Grossbrand entwickelt oder nicht, sodass dies matchentscheidend ist. Also ist diese Ersatzbeschaffung nötig.

Daneben kann man sich fragen, wieso das in Bleienbach sein muss? Dort haben wir ja die BLS-Bahnlinie. Wenn sich nun aber im Brandfall das Fahrzeug in Langenthal befindet und die Barriere zu ist, so gehen dabei wertvolle Minuten verloren, was für Bleienbach suboptimal wäre, nicht akzeptabel ist und somit allen klar ist. Deshalb macht Bleienbach hier berechtigterweise Druck, dass das Fahrzeug bei ihnen stationiert, zumal Bleienbach bei uns in der Stützpunktfeuerwehr integriert ist. Falls nötig kann das Fahrzeug



selbstverständlich aber auch in Langenthal eingesetzt werden, ist es doch nicht an den Standort Bleienbach gebunden. Vielleicht ist noch zu erklären, wie Bleienbach heutzutage aufgestellt ist. Das Kleinlöschfahrzeug ist im Magazin untergebracht und früher war das eine selbständige Feuerwehr. Bei Einsätzen in der Gemeinde Bleienbach werden deshalb primär die dort ansässigen oder wohnhaften Angehörigen der Feuerwehr in erster Priorität aufgeboten. Die sind eigentlich organisationsmässig auf drei Züge verteilt; Pikettzug, Löschzug und Unterstützungszug. Je nach Grösse des Einsatzes braucht es natürlich dann auch Unterstützung von Langenthal, aber wie gesagt ist es matchentscheidend, dass man rasch zugreifen kann. Das werden mir alle Feuerwehrleute mehr bestätigen. Immerhin sind 18 «ADF», das heisst Angehörige der Feuerwehr in Bleienbach wohnhaft, was 17% des Gesamtbestands unserer Stützpunktfeuerwehr sind und in dieser Anzahl als Bestand sehr wohl ein Ersteinsatz fahren kann.

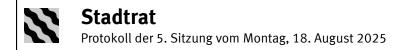
Dann noch ein paar Worte zum Beschaffungsverfahren. Das erfolgte im sogenannten Einladungsverfahren. Der Schwellenwert liegt dort bei Fr. 250'000.00. Allerdings wird dort bei diesem Betrag die Mehrwertsteuer nicht miteingerechnet, sodass es hier gerade noch so ausreichte. In den Ausschreibungsunterlagen definierte man sogenannte Eignungskriterien; das sind also Zuschlagskriterien mit technischen Spezifikationen, aber man machte dabei keine Vorgaben bezüglich Marke oder Typ, was ich hier

Beschaffungsverfahren Offentliche Beschaffung nach Beschaffungsrecht im Einladungsverfahren Ausschreibungsunderlagen mit Eignungskriterien, technische Spezifikationen und Zuschlagskriterien (Keine Vorgaben zur Fahrzeugtyp) Ausgeschriebene Konfiguration aus Doppelkabine, Av& Antrieb und einer Anhängelast von 3,5 Tonnen ist zum Zeitpunkt der Beschaffung nicht mit einem elektrisch angetrieben Chassis verfügbar (Schriftliche Bestätigung aller eingeladenen Anbieter liegt vor) Finanzielier Vergleich nach der Methode der Total Cost of Ownership (TCO) wurde erstellt (TCO ist nicht aussagekräftig, weil keine Fahrzeuge mit alternativem Antrieb zur Aussvahl stehen) Zuschlag wurde aufgrund der publizierten Zuschlagskriterien erteilt (Unter Vorbehalt der Bewilligung des erforderlichen Verpflichtungskredits durch den Stadtrat)

betonen möchte. Die ausgeschriebene Konfiguration schrieb Doppelkabinen, 4x4-Antrieb sowie eine Anhängerlast von 3,5 Tonnen vor. Man evaluierte auch die Möglichkeit eines elektrischen Fahrzeugs, was aber mit diesen Spezifikationen zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht zur Verfügung stand. Einen finanziellen Vergleich gemäss der Methode «Total Cost of Ownership» nahm man ebenso vor, doch wie gesagt war dies nicht möglich, da keine Fahrzeuge mit alternativen Antrieben die Auswahlkriterien oder die Eignungskriterien erfüllen konnten. Der Zuschlag, der in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, erfolgte natürlich unter dem Vorbehalt, dass heute Abend der Kredit des Stadtrats gesprochen wird.

Jetzt noch kurz ein paar Worte zum Fahrzeug selber, wohingegen das hier abgebildete ein typähnliches Fahrzeug ist und nicht genau dem entspricht, das man beschaffen möchte. Ganz konkret erfolgt die Beschaffung, unter Vorbehalt der Zustimmung, via Feumotech AG, Recherswil und es geht dabei beim Fahrzeug um einen Mercedes-Benz. Ihr seht hier die genauen Angaben. Wichtig ist, dass der Ersteinsatz in Bleienbach erfolgt. Ihr könnt Euch an die Angaben des alten Fahrzeugs erinnern, das mit einer Doppelkabine

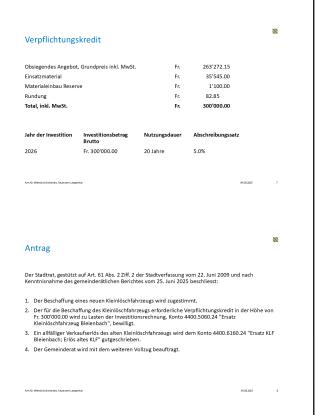




für sechs Personen ausgestattet war und nun diesbezüglich zu einer Verdoppelung und beim Wasser mit 700 Litern zu mehr als einer Verdoppelung führt. Dabei sind Atemschutzgeräte, Leitern und Kleingeräte integriert, was vorher nur teilweise vorhanden war.

Wie in den Unterlagen ersichtlich war, liegen die Kosten bei Fr. 263'000.00. Hinzu kommen Einsatzmaterial sowie eine Reserve, was zu Kosten von summa summarum Fr. 300'000.00 führt. Die Idee ist, dass man das während 20 Jahren zu 5% abschreiben würde.

Hier steht der Antrag, so wie er auch in B&A aufgeführt ist. Der Gemeinderat empfiehlt, dem Geschäft zuzustimmen. Besten Dank für Eure Aufmerksamkeit.

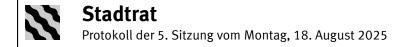


Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, Martin Lerch, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit. Eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor. Somit würden wir zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern kommen. Darf ich jemandem das Wort geben? Jana Fehrensen, FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadträtin Jana Fehrensen (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder des Gemeinderates, geschätzte Besucherinnen und Besucher und Vertreter der Presse. Der Ersatz eines Kleinlöschfahrzeugs am Standort Bleienbach ist mehr als eine technische Investition. Es ist ein klares Bekenntnis zur Sicherheit unserer Bevölkerung und ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Menschen, die uns im Notfall täglich zur Verfügung stehen. Unsere Feuerwehrleute leisten ihren Dienst nicht nur mit Kompetenz, sondern auch mit Mut und persönlichen Einsatz. Damit sie dies unter sicheren und zeitgemässen Bedingungen tun können, ist die Aufrüstung mit Atemschutz und moderner Technik unerlässlich. Wie wir alle wissen, zählt im Ernstfall jede Minute und dafür braucht es Fahrzeuge, die verlässlich und auf dem neuesten Stand sind. Aus diesem Grund unterstützt meine Fraktion einstimmig den Antrag des Gemeinderates und befürwortet den Ersatz des Kleinlöschfahrzeugs am Standort Bleienbach. Zugleich möchten wir uns bei der Feuerwehr von Herzen für ihren Einsatz bedanken und sehen diese Anschaffung auch als einen Ausdruck unserer Wertschätzung für ihre Arbeit. Vielen Dank.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Sandro Baumgartner, SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, ich und auch unsere Fraktion möchten vor allem der Feuerwehr Langenthal unseren Dank aussprechen, dass sie gerne für uns und unsere Sicherheit schaut, wie wir es auch in den letzten Wochen sehen konnten, auch für nicht schöne Einsätze. Danke vielmals. Handkehrum sind wir auch dafür, dass die Fahrzeuge und die Feuerwehr das neuste und das nötigste Material



bekommen. Und wie wir hier sahen, ist dies hier auch bitter nötig. Wer weiss, vielleicht sehen wir das Fahrzeug in 15 Jahren beim nächsten Anlass «Feuerwehr bei den Leuten» und werden dabei in nostalgischen Erinnerungen schweben, wenn man damit dort eine Runde drehen darf. In dem Sinn unterstützen wir den Antrag einstimmig und danken noch einmal der Feuerwehr Langenthal und der Umgebung für ihren täglichen Einsatz. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Fraktionen, die etwas sagen möchten? Janina Müller-Heiniger, GLP/EVP-Fraktion.

Stadträtin Janina Müller-Heiniger (EVP): Werte Anwesende, ich mache es auch kurz; auch wir danken den Feuerwehrleuten ganz herzlich für ihren Einsatz und schliessen uns da einstimmig an.

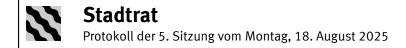
Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Darf ich jemandem das Wort geben? Das ist auch nicht der Fall. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch einmal das Wort? Das ist auch nicht der Fall, sodass wir direkt zur Abstimmung kommen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:

Der Stadtrat gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 25. Juni 2025, beschliesst:

- 1. Der Beschaffung eines neuen Kleinlöschfahrzeugs wird zugestimmt.
- 2. Der für die Beschaffung des neuen Kleinlöschfahrzeugs erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 300'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 4400.5060.24 "Ersatz Kleinlöschfahrzeug Bleienbach", bewilligt.
- 3. Ein allfälliger Verkaufserlös des alten Kleinlöschfahrzeugs wird dem Konto 4400.6160.24 "Ersatz KLF Bleienbach; Erlös Verkauf altes KLF" gutgeschrieben.
- 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



6. Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir machen mit Traktandum Nr. 6 weiter. Hier geht es um die Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025; «Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung», Stellungnahme. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung durch den Gemeinderat gibt es keine, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Eine Berichterstattung der GPK gibt es auch keine. Der Gemeinderat beantragt die Abstimmung über die Motion in zwei Teilen. Das ist gemäss Art. 56, Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates nur mit Zustimmung der Urheberinnen und Urheber der Motion zulässig. Die Motionärinnen und Motionäre müssen sich deswegen zur Frage der Teilung äussern. Wem darf ich das Wort geben? Robert Kummer, FDP/jll/L49-Fraktion.

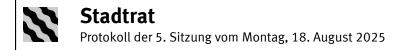
Stadtrat Robert Kummer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, was will die Motion? Das Parkplatzbewirtschaftungsreglement soll einerseits so angepasst werden, dass sämtliche öffentliche Parkplätze, die im Eigentum der Stadt sind, bewirtschaftet werden und andererseits die Vergabe der Parkkarten stringenter ausformuliert werden soll, weil nur eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung eine Ungleichbehandlung verhindert und Missbrauch eliminiert, Suchverkehr vermindert und grundsätzlich zeitmässig ist. Zudem ist es nicht die Aufgabe der Öffentlichkeit, dauernd fehlende private Parkplätze auf öffentlichem Grund zur Verfügung zu stellen. Wir danken dem Gemeinderat, der sich anlässlich seiner Sitzung am 2. Juli 2025 damit befasste, dass er den Handlungsbedarf sieht, die flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung einzuführen und auch eine Mehrheit des Gemeinderates die Anpassung der Vergabekriterien bei den Parkkarten unterstützt. Wir danken Euch, liebe Mitgliederinnen und Mitglieder des Stadtrates, wenn ihr unsere Motion unterstützt. Wir werden sie nicht aufteilen. Was man dann in einem nächsten Schritt noch genau diskutieren müsste, ist, inwiefern die Einführung einer flächendeckenden Parkplatzbewirtschaftung zeitlich mit der Einführung eines doch kostenintensiveren Parkleitsystems abhängig sein muss und wie man es schaffen soll, die Angestellten in den Schulhäusern gleich zu behandeln wie die Angestellten im Verwaltungsgebäude? Besten Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Robert Kummer. Wie gehört werden wir die Motion als Gesamtes behandeln. Ich gehe davon aus, dass Du auch gerade als Sprecher der Motion fungiertest. Gut, dem ist so. Dann würden wir jetzt zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern kommen. Wem darf ich das Wort geben? Jan Herzig, SVP.

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Lieber Stadtratspräsident, liebe Stadtratsmitglieder und Gäste, die SVP-Fraktion sieht das eigentlich gleich wie Motionäre und unterstützt diese Motion.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Pascal Dietrich, FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mir ist bewusst, dass hier in diesem Saal wahrscheinlich ein Konsens vorhanden ist, dass man das so umsetzen soll. Ich sehe auch absolut die Argumente, die dafürsprechen und kann diese zu einem grossen Teil auch begreifen, möchte aber trotzdem daran erinnern, dass es schon auch Gründe gibt, warum Gemeinderat Markus Gfeller, der ja eigentlich diesen Auftrag bereits erteilt erhielt, sich halt beim Umsetzen in den letzten zwei, drei Jahren ein bisschen zurückhaltend verhielt. Zwar sind auf Seite 5 der Beilage die Plätze aufgelistet, die eigentlich hier betroffen sind, das sind Dreilinden, die Badi, der Musterplatz und der Schorenweier. Und bei Dreilinden könnte ich mich noch als erstes damit einverstanden erklären, spricht dort von mir aus gesehen



nichts dagegen, dass man bewirtschaftet, wie auch schon bei der Badi. Es ergibt sich eigentlich die Schwierigkeit, dass nachher die Leute, die mit dem Auto kommen – ich hätte es auch gerne, wenn dort alle mit dem Velo kommen würden – aber das ist halt nicht die Realität und wenn man zahlen muss, ist eigentlich die Konsequenz die, dass die Leute nachher auf den Besucherparkplätzen der Mehrfamilienhäuser dort im Quartier ausweichen. Dazu erwarte ich dann halt auch von der Stadt oder vom AföS¹, dass man etwas unternimmt, um dem entgegenzuwirken, weil sonst ist das einfach blöd, Berndeutsch gesagt einfach ein Seich, für die Leute, die dort wohnen. Beim Musterplatz haben wir nachher die Schwierigkeit, dass das Land eigentlich gar nicht eine Stadt gehört und dies zu einem bürokratischen Aufwand führt, wenn man mit der Bürgergemeinde irgendeine Vereinbarung treffen muss, dass die Stadt die Parkplätze bewirtschaften darf. Ob sich das lohnt, wage ich auch zu bezweifeln. Und am Schluss ist noch der Schorenweier, bei dem es einfach um zwei Parkplätze geht und ob man jetzt wegen diesen beiden Parkplätzen dort beim Schorenweier wirklich eine Parkuhr aufstellen will, ist für mich nicht verhältnismässig. Also ich sehe, dass es für die flächendeckende Bewirtschaftung Argumente gibt, aber ich wäre froh, wenn man sich eigentlich auf den Dreilinden-Parkplatz beschränken könnte. Dort findet sich wohl der grösste Handlungsbedarf. Der Rest bringt mehr Nachteile als Vorteile oder rentiert schlicht nicht. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünschen die Motionär:innen noch ein Schlusswort? Nein, das ist auch nicht der Fall.

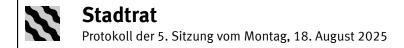
III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 46 Abs. 3 und Art. 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrats vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 2. Juli 2025, beschliesst:

- Die Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP) und Rosario Volante (FDP) vom 12. Mai 2025: Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.
- 2. Die Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP) und Rosario Volante (FDP) vom 12. Mai 2025: Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung wird erheblich erklärt.
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

¹ AföS = Amt für öffentliche Sicherheit



7. Motion Diego Clavadetscher (FDP), Corinna Grossenbacher (SVP), GLP/EVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Zeitgemässe Abläufe und Strukturen schaffen: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir machen weiter mit Traktandum Nr 7. Motion Diego Clavadetscher (FDP), Corina Grossenbacher (SVP), GLP/EVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025 «Zeitgemässen Abläufe und Strukturen schaffen», Stellungnahme. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Eine Berichterstattung der GPK gibt es ebenso wenig. Darf ich dem Sprecher der Motion das Wort erteilen, Diego Clavadetscher (FDP/jll/L49-Fraktion).

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Herr Stadtratspräsident, geschätzte Damen und Herren, in Langenthal ist das System, die Abläufe, die Strukturen schon ein bisschen in die Jahre gekommen, wie alles und wie auch beim Feuerwehrauto, das ein gewisses Alter hat. Wenn man das so laufen lässt, dann beginnt es Getriebe zu knirschen. Wenn es im Getriebe knirscht, kann man gewisse Anpassungen vornehmen, indem man Öl nachfüllt, Politisch gesprochen wären das Sachen, die der Gemeinderat vornehmen kann. Bei gewissen Anpassungen sind Zahnräder neu zu justieren, neue Zahnräder auszuwählen, damit man zeitgemäss Gänge findet. Das sind dann Anpassungen an den Strukturen, die in der Kompetenz des Stadtrates und des Volkes liegen Aus unserer Sicht als Motionäre ist es wichtig, dass man nicht einfach nur die Faust im Sack macht und sagt, dass es nicht läuft, sondern dass man das anstosst. Das ist das Ziel dieser Motion. in welche Richtung dann die Lösung geht, spielt heute Abend noch keine Rolle. Wichtig ist, dass man sich auf den Weg begibt. Dementsprechend nahmen wir mit Freude zur Kenntnis, dass sowohl im B&A wie auch in den Gemeinderatssitzungen das Projekt oder das Anliegen einstimmig auf Zustimmung stösst. Wir bitten Euch dementsprechend, Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, die Motion als erheblich zu erklären und mit der Qualifikation als Weisungsmotion sind wir einverstanden. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, wir kommen zu den Fraktionsvoten. Darf ich einer Fraktionssprecherin oder einem Fraktionssprecher das Wort geben? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist auch nicht der Fall. Demnach ist die Beratung geschlossen. Ich nehme an, dass der Vertreter der Motion auch kein Schlusswort mehr wünscht.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 46 Abs. 2 und Art. 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 20219 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 2. Juli 2025, beschliesst.

I. Die Motion Diego Clavadetscher (FDP), Corinna Grossenbacher (SVP) und GLP/EVP-Fraktion vom 12. Mai 2025: Zeitgemässe Abläufe und Strukturen schaffen wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

- II. 1. Die Motion Diego Clavadetscher (FDP), Corinna Grossenbacher (SVP) und GLP/EVP-Fraktion vom 12. Mai 2025: Zeitgemässe Abläufe und Strukturen schaffen wird erheblich erklärt.
 - 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

8. Motion Linus Rothacher (SP), GLP/EVP-Fraktion, Fanny Zürn (GRÜNE), Patrick Jordi (FDP) Javier Marquez (jll) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Digitale Wahlhilfe "SmartVote" bei den Gemeindewahlen 2028 ermöglichen: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zum Traktandum Nr. 8: Motion Linus Rothacher (SP) GLP/EVP-Fraktion, Fanny Zürn (GL), Patrick Jordi (FDP), Javier Marques (jll) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025; «Digitale Wahlhilfe Smart Vote bei der Gemeindewahl 2028 ermöglichen», Stellungnahme.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Vor der GPK liegt auch keine Berichterstattung vor. Darf ich dem Sprecher der Motion das Wort geben? Linus Rothacher, SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Herr Präsident, liebe Fabian, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende, die vorliegende Motion verlangt, dass die Wahlhilfe «SmartVote» einmalig und versuchsweise bei den Gesamterneuerungswahlen 2028 zur Anwendung kommen soll. Die Demokratie lebt vor der Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger. Zumindest im Langenthal haben wir mit Blick auf die vergangenen Gemeindewahlen hier ein Problem. Die sehr tiefe Stimmbeteiligung sollte uns allen, die an repräsentativen Institutionen, an einer starken Demokratie interessiert sind, zu denken geben. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind angehalten, über neue Massnahmen nachzudenken und diese zumindest in Betracht zu ziehen und auch zu prüfen. Die Wahlhilfe «SmartVote» ist heute für viele und insbesondere auch für jüngere Menschen ein fester Bestandteil der Meinungsbildung bei den Wahlen. Entstanden ist die Plattform im Jahr 2003, seither kommt sie bei immer mehr Wahlen zur Anwendung, mittlerweile auch bei fast allen Berner Parlamentsgemeinden.

Wenn man sich beispielsweise die Zahlen aus der Stadt Burgdorf anschaut, dann sieht man, dass dort 2'500 Wahlempfehlungen ausgestellt wurden. Es handelt sich also um ein Angebot, das gebraucht wird und das auch im Vergleich zu der Anzahl stimmberechtigten Personen doch eine gewisse Signifikanz aufweist und nicht einfach so unter den Tisch gekehrt werden kann. Weiter zeigt «SmartVote» auch die verschiedenen Positionen der Kandidierenden, der Parteien und den zur Wahl stellenden Listen auf und regt damit insbesondere auch die inhaltliche Wahlauseinandersetzung an und macht auch einen inhaltlichen Unterschied zwischen den politischen Akteuren niederschwellig ersichtlich.

Bezüglich der Funktionsweise ist zu sagen, dass sich die meisten von Euch bereits mit diesem Tool vertraut machten. Man füllt den Fragebogen aus mit inhaltlichen Fragen und bekommt im Anschluss einen Überblick darüber, mit welchen Listen und welchen Kandidaturen man in welchem Grad übereinstimmt. Die Fragen, die dabei gestellt werden, werden in drei Schritten erarbeitet. In einem ersten Schritt können Parteien, die Stadt und auch Vereine, die irgendwie mit Politik in Berührung kommen, Fragen einreichen. In einem zweiten Schritt erstellt das Team von «SmartVote», unabhängig und selbstverständlich auch ohne Einfluss der zuvor genannten Akteure, den konkreten Fragenbogen. In einem dritten Schritt wird der Fragenbogen noch von Expertinnen und Experten überprüft. Die Fragen setzen sich zusammen aus allgemeinen Fragen zur politischen Grundhaltung und insbesondere auch zu Fragen zur konkreten Wahl, in unserem Fall nachher zur Langenthaler Lokalpolitik. Und diese Fragen werden, wie gerade vorhin ausgeführt, eben zusammen mit den lokalen Akteuren erarbeitet. Das Ziel ist also klar, dass für die Benutzerinnen und Benutzern dieses Tools ein Überblick geschaffen werden soll, welche Kandidaturen, welche Parteien und welche Listen wie fest mit der eigenen Meinung übereinstimmen. Bezüglich der Kosten findet Ihr im B&A in den Grundlagenakten eine sehr schöne Auflistung.

Beim Grundmodul wird von Kosten von Fr. 10'000.00 ausgegangen. Der Durchlauf in der Stadt Burgdorf hatte Kosten von rund Fr. 11'000.00 zur Folge. Es handelt sich also auch hier um einen absolut überschaubaren Kostenpunkt, den die Motionärinnen und Motionäre und hoffentlich Ihr alle ebenso für absolut ver-

tretbar haltet, insbesondere wenn es uns dadurch gelingt, mehr Personen für die Teilnahme an der Lokalpolitik oder mindestens für die Teilnahme am Urnengang zu begeistern. Weiter ist mir auch noch wichtig zu erwähnen, dass sich bei «SmartVote» jeweils um einen einmaligen Durchgang handelt, indem man ein Modul für die Begleitung einer Wahl einkauft. Man kann also vor jeder Wahl und von jedem Wahlgang wieder neu entscheiden, ob man das Angebot jetzt für die konkret bevorstehende Wahl nutzen will oder nicht.

Die Motionärinnen und Motionäre sind stark davon überzeugt, dass es aufgrund der Ausgangslage in der Stadt Langenthal das Tool, das wie erwähnt auch in anderen Gemeinden bereits erfolgreich zur Anwendung kommt und dabei auch regelgenutzt wird, auch in unserer Stadt einen Mehrwert bieten kann. Wir begrüssen darum die offene Haltung des Gemeinderates und hoffen auf Eure Unterstützung. Prüfen wir das Modul bei den nächsten Gemeindewahlen, schauen wir, ob das für unsere Stadt eine Verbesserung der Situation bewirken kann. Ich hoffe auf Eure Unterstützung für eine stärkere und partizipativere Demokratie in Langenthal und danke für Eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen somit zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Franziska Zaugg-Streuli, FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, die FDP/jll/L49-Fraktion befasste sich vertieft mit der Einführung von «SmartVote» und kommt grossmehrheitlich zum Schluss, dass das Instrument in Langenthal nicht notwendig ist. Gerade in Langenthal sind Stadtrats- und Gemeinderatswahlen klassische Personenwahlen. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden sich für Persönlichkeiten, bei denen Engagement, Glaubwürdigkeit und lokale Verankerung im Vordergrund stehen. Diese Faktoren lassen sich nicht durch einen schematischen Abgleich der Positionen erfassen. Noch dazu ist es schon heute eine Herausforderung, genügend Kandidierende für die verschiedenen Ämter zu gewinnen. Der zusätzliche Aufwand, einen umfangreichen Fragebogen von «SmartVote» auszufüllen, dürfte diese Aufgabe eher erschweren als erleichtern. Auch das Argument der möglichen Steigerung der Stimmbeteiligung überzeugt nicht. Die Erfahrungen in Burgdorf zeigen deutlich, dass sich die nach Einführung von «SmartVote» nicht wahnsinnig veränderte. Schlussendlich lehnt die FDP/jll/L49-Fraktion die Einführung von «SmartVote» sozusagen als Pilot grossmehrheitlich ab. Wir wollen die vorhandenen Mittel verantwortungsvoll einsetzen und die Teilnahme an kommunalen Wahlen erleichtern, anstatt zusätzlich zu komplizieren.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Patrick Jaeggi (SVP).

Stadtrat Patrick Jaeggi (SVP): Werter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, wir stellten uns dazu einfach ein paar Fragen wie beispielsweise, ob es dabei Mehrkosten oder einen Mehraufwand für irgendjemanden gibt? Wird die ältere Bevölkerung damit wirklich abgeholt? Gibt es am Schluss mehr Wähler? Dazu sagst Du Ja, was sein kann oder auch nicht. Wir haben eigentlich das Persönliche in der Marktgasse fast ein bisschen lieber, indem man auf die Leute zugeht. Und ein wichtiger Faktor ist einfach, was zu den Kosten bekannt ist. Deshalb wird unsere Fraktion das Geschäft mehrheitlich ablehnen.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Mike Sigrist, GLP/EVP-Fraktion.

Stadtrat Michael Sigrist (EVP): Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, grundsätzlich werden wir diese Motion unterstützen. Ich werde in meinem Votum jetzt auch noch auf gewisse Sachen eingehen, die vorhin bereits gesagt wurden. Wenn man wie erwähnt das Beispiel Burgdorf anschaut, so lag dort die Wahlbeteiligung im Jahr 2020 bei 50% und im Jahr 2024 lag sie noch 2024 bei 49,7%. Wow, minus 0,3%. Langenthal übertraf Burgdorf im gleichen Zeitraum massiv und verlor in diesem Zeitraum 6,37% der Wähler. Somit kann man zumindest festhalten, dass Burgdorf durch «SmartVote» nicht massiv dazu gewann, dafür aber massiv weniger verloren als wir. Die Frage ist auch, ob Demokratie etwas kosten darf oder nicht? Wir finden, die Kosten wurden klar dargestellt und ich weiss nicht, was da noch unklar sein sollte, was dann von daher auch logisch ist. Ich finde es schon ein bisschen spannend, dass häufig so von Volksnähe gesprochen wird, dass man nah bei den Leuten ist und mit ihnen redet. Aber wenn es darum geht, irgendwo auch einmal greifbar zu werden, Farbe zu bekennen, Profile zu zeigen, ist das plötzlich nicht mehr so interessant. Auch

zum Aspekt des Zeitaufwands ist zu sagen, dass wer als Kandidierender nicht bereit ist, sich dafür die Zeit zu nehmen um den Fragebogen auszufüllen, so glaube ich, dass man an solch einer Person nachher auch keine Freude hat, denn sie wird sich garantiert von jeder Kommissionsarbeit drücken, weil das ja so schlimm ist. Und wer nicht bereit ist, sich hier zu engagieren, hat in der Politik nicht nichts, aber wenig verloren. Von daher wiederhole ich noch einmal, dass wir das unterstützen werden. Wir finden es eine gute Wahl, eine gute Möglichkeit um wirklich auch zu zeigen, wo wir stehen, was unsere Meinungen dazu sind und wo man auch erfahren kann, was man quasi einkauft, wenn man uns als Politiker oder als Politikerin wählt. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es noch weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Das ist nicht der Fall. Dann würden wir zu Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher kommen. Darf ich jemandem das Wort geben? Javier Marquez, FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadtrat Javier Marquez (ill): Geschätzter Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende, mir ist das Traktandum wirklich wichtig und es ist mir ein grosses Anliegen. Es ist ein Versuch bei den nächsten Wahlen die politische Partizipation zu erhöhen. Gerade für mich als Vertreter der Jungliberalen als Jungpartei ist das wichtig. Es ist eine Chance, den Zugang zu allen Kandidierenden auf dem digitalen Weg zu vereinfachen. Gerade junge Erwachsene informieren sich heute fast nur noch über digitale Wege. Und da auch in den sozialen Medien die politischen Inhalte mehr und mehr reguliert werden und man sich schnell in einer Blase befindet und es dabei schwierig wird, zwischen Wahrheit und Fake zu unterscheiden, ist es eben gerade umso wichtiger, den Wählenden eine saubere Möglichkeit zu bieten und sich zu informieren. Ja, es ist vermutlich für die Kandidierenden ein grösserer Aufwand, sich die Zeit zu nehmen und sich in die Fragen hineinzudenken und diese auch zu beantworten. Und ja, ich kenne es aus eigener Erfahrung, es ist manchmal schwierig, sich zu entscheiden, wo man jetzt das Kreuzchen genau setzt und manchmal wäre es auch ein «Ja aber». Schlussendlich sind es so viele Fragen, die man beantwortet, dass, auch wenn es um ein «Ja aber» geht, man grossmehrheitlich ein politisches Bild über sich gewinnen kann, auch wenn sich dabei nicht alle Fragen um Langenthal drehen. Ich glaube, dass alle Kandidierenden eine politische Meinung haben, insbesondere gerade auch noch mehr zu nationalen und kantonalen Fragen, die sie dann sicher gut gemäss ihrer Sichtweise beantworten können. Und es kann halt auch einfach schon ganz vielen jungen Erwachsenen helfen, sich über die Kandidierenden zu informieren.

Nicht alle haben zu Hause ein Umfeld, das einem helfen kann; sei es, weil die Eltern selber nicht so politisch interessiert sind, sei es, weil man gerade frisch auf Langenthal zügelte und sich das Umfeld erst auch am Aufbauen ist und man eben die Köpfe – wie zuvor gehört ist es ja eine Kopfwahl – noch nicht kennt oder die ganze Familie ein erstes Mal an einer Wahl teilnehmen darf, da man erst neu die Schweizer Staatsbürgerschaft erlangte. So war es übrigens auch bei mir, als ich vor 18 Jahren eingebürgert wurde. Entsprechend konnten auch meine Eltern, obwohl sie schon ihr ganzes Leben hier leben und schon meine Grosseltern ihr halbes Leben hier verbrachten, noch nie wählen oder abstimmen. Sie konnten mir somit die Erfahrung gar nicht mitgeben, weil sie diese schlichtweg nicht hatten. Genau in so einem Fall kann «SmartVote» nebst den anderen aufgezählten Fällen sehr hilfreich sein. Deshalb, liebe Stadträtinnen und Stadträte, stimmt dieser Motion zu, um die politische Bildung und die Partizipation weiter zu fördern und zu steigern. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Georg Cap (SP/GL).

Stadtrat Georg Cap (GRÜNE): Ja, danke vielmals. Ich möchte auch vielleicht schnell eine persönliche Erfahrung teilen und ein bisschen das aufgreifen, was Javi sagte, weil »SmartVote» für mich persönlich ein sehr wertvolles Tool war, als ich vor rund acht Jahren noch nicht halb so politisch interessiert war, wie ich heute bin und ich noch nicht so viel über die Leute wusste, die hier Politik machen. Dabei erlebte ich »SmartVote»» immer als extrem gutes Tool, um einfach einmal einen Überblick zu bekommen, wer in der Politik wie tickt oder auch um zu sehen, wie ich mit mir bekannten Leute, gemäss «SmartVote» übereingestimmte hätte oder auch nicht. Und das war für mich quasi ein extrem wertvoller und niederschwelliger Zugang zu dieser politischen Partizipation, denn es war mir schon damals extrem wichtig gewesen, dass ich abstimme und wähle. Aber teilweise hatte noch nicht so das Interesse, es fehlte die Zeit, oder ich war weniger als aktiv als

heute, sodass ich die Leute weniger gut kannte. Dafür erlebte ich dann «SmartVote» als extrem gutes Tool und ich finde, dass es für junge Menschen eine wertvolle Bereicherung ist, um besser an der Politik partizipieren zu können und die Leute vielleicht auch ein bisschen ungeschönt wahrzunehmen. Logisch, es ist jeder Politikerin und jedem Politiker selber überlassen, wie ehrlich dieser Fragebogen ausgefüllt wird, aber es ist immer noch viel ehrlicher um zu sehen, wie gut wir auf «SmartVote» übereinstimmen, anstatt einfach irgendeinen Insta-Post oder ein Plakat zu beurteilen, ob die Person gut aussieht oder ich irgendeine sehr polemische Parole sehe, was in die politischen Ansichten einer Person nicht wirklich tiefen Einblick gewährt. Deshalb empfehle ich Euch auch sehr fest, wagen wir doch das Experiment. Ich meine, wir stimmen hier nicht darüber ab, ob wir das für immer so machen wollen. Ich würde es sehr wertvoll finden, wenn wir «SmartVote» bei den nächsten Wahlen probieren und einbeziehen würden.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Patrick Jordi (FDP/jll/L49).

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Ja, werter Herr Stadtratspräsident, liebe Anwesende, ich möchte meinen beiden Vorrednern noch gerade ein bisschen mehr den Rücken stärken. Ich mache jetzt vielleicht eine gewagte Aussage, aber ich behaupte, dass letzten Sommer/Herbst im Wahlkampf die Politikerinnen und Politiker hier, die so richtig digital unterwegs waren auf diesen Kanälen deutlich mehr Wählerinnen und Wähler ansprachen als über klassische Kanäle wie zum Beispiel ausgedruckte Flyer, Standaktion am Wochenmarkt oder beim Polit-Ratatouille auf dem Wuhrplatz. Dort löffelten wir die Suppe ja quasi selber im intimen Rahmen der Kandidierenden unter uns aus. Ganz ehrlich, so ein Get-Together gefiel mir persönlich zwar auch noch, aber eventuell sind solche Aktionen aktuell eben gerade nicht mehr so «en vogue». Anders verhält es sich mit «SmartVote», einem etablierten Tool, bewährt, bei vielen bekannt und eben auch für diejenigen Menschen ein Thema, die bislang nur wenig bis gar nichts mit Politik am Hut hatten. Und genau darum geht es doch, dass wir künftig wieder mehr Menschen erreichen, die wählen und abstimmen wollen. Die Wahlbeteiligung – ich möchte es hier wirklich nicht beziffern – war im letzten Herbst wirklich erschreckend tief. Vor diesem Hintergrund scheinen mir auch die Kosten vertretbar, die «SmartVote» für uns verursacht, zumal es sich hier ja wie gesagt, nur um einen Testballon handelt. Wir wollen «SmartVote» ja nicht gerade für die nächsten 100 Jahre einführen, sondern einfach einmal für die nächsten Wahlen ausprobieren. Wer weiss, vielleicht bringt es etwas. Ihr merkt, ich bin persönlich Fan von solchen Tools, bei denen man auch digital mit der Bevölkerung an Berührungspunkten arbeiten kann, sodass ich der Erheblichkeitserklärung dieser Motion ganz klar zustimmen werde.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gerhard Käser, SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Gerhard Käser (SP): Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, Ich hörte nun schon auch ein paar Argumente, die man jetzt auch umdrehen könnte. Es heiss, dass sich zu wenig Kandidatinnen und Kandidaten für unsere Listen zur Verfügung stellen. Um ganz ehrlich zu sein, ist das natürlich so und vielleicht haben wir heutzutage auch Leute auf unseren Listen, bei denen wir gar nicht so sicher sind, ob sie wirklich unsere Meinung zu 100% vertreten. In unserer Partei wissen alle, von was wir reden. Und dort habe ich schon das Gefühl, dass es einen Unterschied machen könnte und es vielleicht auch mehr gemischte Listen geben würde als einfach Parteilisten, falls man wüsste, dass einem da jemand wirklich mit seinem Spider, wirklich sehr nahekommt, aber jetzt nicht in der SP, sondern in der EVP politisiert. Ich habe das Gefühl, dass die Auseinandersetzung mit dem politischen Hintergrund einer kandidierenden Person sicherlich sehr wertvoll wäre. Und wir wissen es auch, es gibt immer weniger Parteimitglieder. Wenn jemand frisch nach Langenthal zieht, dann ist es schwierig eine Partei zu wählen, zumal die meisten sagen, dass sie sich zu keiner Partei bekennen können, sodass sie dann eben gar nicht wählen gehen. Und wenn ihnen aber ein Spider von «SmartVote», zur Verfügung steht, dann können sie vielleicht bei zehn Leuten einen Vergleich anstellen und feststellen, dass diese etwa gleich denken wie sie selber, auch wenn man diese Leute nicht kennt. Bei mir ist das so, dass ich das natürlich nicht brauche, kenne ich doch hier in Langenthal genügend Leute. Aber es gibt ganz viele Leute, die das eben brauchen. Dafür brauche ich es für den Grossrat, weil ich dort einfach zu wenig Leute kenne. Also bei nationalen oder kantonalen Wahlen kann ich nicht eine Liste als Ganzes wählen, da ich nicht genug Leute auf einer Liste kenne. Und dort nützt es mir enorm, um eine Auswahl treffen zu können und auch eine gemischte Liste zusammenzustellen. Das mit der Persönlichkeit finde ich schon auch noch interessant, ich mich aber frage, ob das denn fair ist? Schaut Euch mal die Rangliste der letzten Wahlen an. Die vorne standen haben entweder ein Geschäft in Langenthal oder arbeiten im öffentlichen Dienst, wovon ich mich ja nicht ausschliessen kann. Jemand, der ohne Basis frisch nach Langenthal zieht und beruflich irgendwo ausserhalb von Langenthal tätig ist, ohne dass er dabei als guter Kollege von einer Schulklasse gewählt wird und es dabei gar keine Rolle spielt, was er politisch macht, der hat fast keine Chance, sich dort irgendwie hochzuspülen und das finde ich nicht fair. Ich finde es nicht fair, dass man Persönlichkeiten wählt, weil sie stadtbekannt sind, ohne dass man zum Teil weiss, welche politischen Positionen sie vertreten. Ich habe das Gefühl, «SmartVote» wäre politisch eine sehr interessante Sache. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Deborah Nyffenegger (FDP/jll/L49).

Stadträtin Deborah Nyffenegger (FDP): Werte Anwesenden, ich möchte einfach etwas noch kurz ins Feld führen. Wir hörten, es sei ein Versuch, das einmal durchzuführen. Mich nimmt persönlich dann aber auch Wunder, was diesem Voting genau entnehmen? Welche Evaluationskriterien sind denn vorhanden, damit wir nachher sagen können; jawohl, das hat sich jetzt gelohnt oder nicht gelohnt? Vorher wurde der Vergleich mit Burgdorf gemacht. Wir sahen die dortigen Zahlen, die eigentlich nicht unbedingt nur dafürsprechen, dass das jetzt ein totaler Erfolg ist. Das möchte ich für Kosten von Fr. 11'000.00 einfach sehr gerne noch ins Feld führen.

Nun kommt Rosario Volante FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadtrat Rosario Volante (FDP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, die tiefe Wahlbeteiligung ist tatsächlich ein bekanntes Problem. Ich glaube aber nicht, dass es an der fehlenden digitalen Wahlhilfe liegt, sondern dass die politische Arbeit wie auch die Verwaltungstätigkeit für die Bevölkerung zu wenig sichtbar ist. Viele wissen zu wenig, was in Parlament, Kommission und Verwaltung geleistet wird. In den Medien erscheint nur ein kleiner Teil und offizielle Dokumente, Protokolle oder Vorstösse werden fast nur von politisch bereits Interessierten gelesen. Aus diesem Grund war ich «SmartVote» gegenüber bis jetzt sehr kritisch eingestellt. Auf Gemeindeebene ist der Nutzen beschränkt, weil viele Fragen stark vom lokalen Kontext abhängen und so ein leicht verzerrtes Bild entstehen kann. Nach Gesprächen vor allem mit jüngeren Leuten, da bin ich mit Georg einig, sehe ich aber auch eine andere Seite. Viele von Ihnen kennen «SmartVote» von nationalen und kantonalen Wahlen und wünschen sich das Hilfsmittel auch hier vor Ort. Wenn es gelingt, damit gerade bei dieser Zielgruppe Interessen zu wecken und sie zu unterstützen, könnte der Versuch gerechtfertigt sein. Da es ausdrücklich um einen Versuch bei der nächsten Gemeindewahl handelt, werde ich mich nicht gegen diese Motion stellen. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es jetzt noch weitere Voten. Diego Clavadetscher (FDP/jll/L49).

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir reden vor allem darüber, wie wir die Leute davon überzeugen können, dass sie unsere Arbeit ernst nehmen und dass sie sich über den Stimmzettel beteiligen. Überlegen wir uns einmal die heutige Stadtratssitzung. Machen wir den Spider über die heutige Stadtratssitzung. Wir behandelten heute eines der kontroversesten, wichtigsten Themen, die das Parlament jährlich zu behandeln hat. Ist irgendwo im Budget irgendein substanzieller Beitrag, bei dem man eine Differenzierung zwischen den verschiedenen Lagern hätte sehen können? Kam das hier irgendwie zum Tragen? Trat bei der Abstimmung über diese Geschäfte, die wir durchwinkten, irgendwo ein substanzieller Unterschied zu Tage? Nein, glaube es nicht. Und dort wäre wahrscheinlich unsere Aufgabe, die Politik überzeugender zu machen und man sie auch so handhabt, indem man hier miteinander um die Meinung ringt und es nicht darum geht, dass ein Traktandum möglichst rasch durchgewunken wird. Das geht vielleicht nicht immer in einer grossen Sitzung, in der 40 Leute mitreden und noch 10 weitere von Amtes wegen hier drinnen sitzen müssen. Wir müssen an unserem System arbeiten, da bin ich überzeugt, damit wir mehr Begeisterung in der Bevölkerung für die demokratischen Prozesse finden. Und

ehrlich gesagt sind die Spider von «SmartVote» nichtssagend, die wir wohl meistens in unseren Abstimmungen produzieren würden.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Wünschen die Motionäre noch einmal das Wort? Entschuldige Linus, zuerst kommt noch der Gemeinderat mit Stadtpräsident Reto Müller.

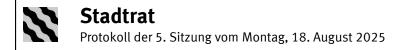
Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ja, merci vielmals für die Debatte, Herr Stadtratspräsident, geschätzte Anwesende, liebe Gäste, also offensichtlich politisierte Euch einmal irgendetwas, sonst wären wir alle nicht hier. Ich kann mich noch daran erinnern, dass es bei mir die Debatte über den EWR-Beitritt mit der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 war. Kurz darauf kam es in der Schweiz zur F18-Debatte und ich war da noch lange nicht 18 Jahre alt, aber das politisierte mich, sodass ich damit begann, mich politisch zu interessieren.

Und irgendein Ereignis gab es bei Euch wohl auch; sei das eine Wahl, sei Ihr von jemandem angesprochen wurdet und Ihr Euch sagtet, jetzt auch in die Politik einzusteigen. Und wir brauchen die Leute, die sagen, dass sie jetzt in dieser Politik einsteigen, auch wenn man in der heutigen Debatte um Strafzölle oder um F35 nicht wirklich meinen könnte, dass man immer wirklich auch weiterkommt; sei das politisch oder auch sonst. Deshalb sagte vielleicht auch der Gemeinderat hier sehr deutlich, dass wir die Motion unterstützen, weil es für uns auch ein Teil einer politischen Bildung ist, die man hier in Langenthal leisten könnte, was halt nicht im Lehrplan ist, auch wenn ich weiss, dass es in dem Lehrplan sehr viel gibt und von den Volksschulen sehr viel gefordert wird. Dabei erlebte ich es aber auch oft, dass ganze Gymnasial- oder Berufsschulklassen bei Grossratswahlen oder Nationalratswahlen mit «SmartVote» arbeiteten und dadurch überhaupt auch mit politischen Themen oder eben auch mit politischen Personen in Kontakt kamen. Ich füllte die Fragenbögen als Kandidat selber auch aus; einmal bei Nationalratswahlen und mehrfach bei Grossratswahlen. Und das war nie eine Hexerei, auch wenn es wirklich so ist, dass man sich halt dafür einmal hinsetzen muss. Und ich glaube, man darf dieser Firma, die auch jetzt auch schon jahrzehntelange Erfahrung mitbringt, auch ihre wissenschaftliche Kompetenz in diesem Bereich nicht ganz absprechen. Wenn es in Burgdorf einigermassen funktionierte und nicht gross zu Klagen führte, sollte es wohl auch für Langenthal irgendwie aufgehen.

Also in dem Sinn möchte ich doch auch noch einmal sagen, dass Ihr insbesondere Ihr als Parteien auf Wahlen bezogen enorm viele Leute mit einem enorm grossen Aufwand zu mobilisieren; sei das eben wie bereits angesprochen in der Marktgasse, sei das mit Printmaterial oder sei das mit Plakaten. Und ich meine, den Aushang für zwei APG-Plakate über zwei Monate einzusparen, ist bereits ein Vielfaches von dem, was wir hier für das neue Instrument «SmartVote» bezahlen. Ob es denn etwas bringt, sieht man beispielsweise eben an den Auswertungen, wie oft ist das genutzt wurde. 2'500 Leute, die so etwas in Burgdorf machen und dabei wirklich am Computer sitzen und die Fragen beantworten und sich nachher eine Referenz ausdrücken lassen, finde ich nicht unbedingt eine «quantité négligeable», sondern es ist vielmehr wirklich die Frage, wie wir neue Leute erreichen, sodass dies der Gemeinderat im Sinn einer eben verstärkten politischen Bildung entsprechend befürwortete. Merci für das Argument von unserer Seite.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gut, dann würde ich den Motionären noch einmal das Wort übergeben. Linus Rothacher, SP/GL-Fraktion.

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Ich möchte nur kurz auf die Kritikpunkte eingehen, die am meisten hörte. Es hiess, dass es hier um persönliche Wahlen geht und eine Wahl nicht zwingend über so ein Tool oder eine gewisse Anonymität funktionieren muss. Ich glaube schon, dass es gut ist, dass wir persönliche Wahlen haben, dass man die Leute kennt und wir alle schön und gut miteinander auskommen und hier auch offensichtlich gemeinsam ein Budget beschliessen können, weil wir alle wissen, dass das eine wichtige Sache ist für unsere Stadt. Aber ich glaube, man muss schon einen Unterschied zwischen Wahlen und Sachabstimmungen machen. Bei Wahlen geht es darum, einmal eine grundsätzliche Richtung vorzugeben, wo unsere Stadt hinsoll und da gibt es halt Unterschiede zwischen uns, was ja auch nichts Schlimmes ist, wollen wir doch den Leuten die Möglichkeit geben, die inhaltliche Richtung für die nächsten vier Jahre vorzugeben.



Deshalb finde ich es eben auch wichtig, dass man die Inhalte ein bisschen stärker herausarbeiten kann, als das vielleicht in der Vergangenheit der Fall war. Und noch zur Frage der SVP betreffend die Kosten, so ist das im B&A gut aufgeführt, wonach es maximal um Fr. 20'000.00 geht, falls der Gemeinderat noch jedes zusätzliche Extra dazubuchen würde. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass der Gemeinderat grundsätzlich bekannt dafür ist, immer die Luxusvariante zu wählen. von dem her gehe ich von Kosten in der Grössenordnung von diesen Fr. 10'000.00 bis Fr. 11'000.00 aus.

Hinsichtlich der Evaluationsmöglichkeiten sieht man die Anzahl, die genutzt wurde. Das Alter kann man nicht nachvollziehen, da man sich logischerweise als Wähler nicht mit allen Angaben registrieren lassen kann. Aber dennoch zeigte Burgdorf auf, dass 2'500 Leute mitmachten, was doch eine beträchtliche Anzahl ist, falls man so etwas in Langenthal erreichen würde. Ja, dann hätten wir doch irgendwie gut 25% der Leute, die das Tool genutzt hätten. Zum Schluss möchte ich nochmals kurz darauf hinweisen, dass es eine einmalige Sache ist und ich auch nicht glaube, dass das die Lösung des gesamten Problems ist und ich auch nie sagte. Aber seien wir doch einfach innovativ, probieren wir das jetzt einmal aus. Schauen wir, was passiert und wenn es nicht funktioniert und sich als Flop herausstellt, dann bin ich auch der Erste, der sagt, es wieder zu lassen. Aber ich glaube, es ist etwas, das sich bereits an anderen Orten bewährte und dann tun wir gut daran – angesichts der Ausgangslage, die vorhin mehrfach geschildert wurde – es auszuprobieren und uns dem nicht einfach zu verweigern. Merci für Eure Unterstützung und für die Kenntnisnahme.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 47 Abs. 2 und Art. 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 25. Juni 2025, beschliesst:

I. Die Motion Linus Rothacher (SP), GLP/EVP-Fraktion, Fanny Zürn (GRÜNE), Patrick Jordi (FDP) und Javier Marquez (jll) vom 12. Mai 2025: Digitale Wahlhilfe «Smartvote» bei den Gemeindewahlen 2028 ermöglichen

wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.

Der Stadtrat beschliesst mit 18 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein bei 5 Enthaltungen:

- II. 1. Die Motion Linus Rothacher (SP), GLP/EVP-Fraktion, Fanny Zürn (GRÜNE), Patrick Jordi (FDP) und Javier Marquez (jll) vom 12. Mai 2025: Digitale Wahlhilfe «Smartvote» bei den Gemeindewahlen 2028 ermöglichen wird erheblich erklärt.
 - 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

9. Motion Patrick Jordi (FDP), Dan Weber (SP), Nicole Baumann (GLP), Jan Herzig (SVP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Bürgernahe Kommunikation leben – Einführung persönlicher E-Mail-Adressen für Mitglieder des Stadtrats: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir fahren mit Traktandum Nr. 9 weiter: Motion Patrick Jordi (FDP), Dan Weber (SP), Nicole Baumann (GLP), Jan Herzig (SVP) und die Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025; «Bürgernahe Kommunikation leben, Einführung von persönlichen E-Mail-Adressen für die Mitglieder des Stadtrates», Stellungnahme. Das Eintreten ist zwingend und wir fahren direkt mit der Beratung weiter.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, weil eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Auch seitens der GPK gibt es keine Berichterstattung. Ich darf das Wort dem Sprecher oder der Sprecherin der Motion übergeben, Patrick Jordi, FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Anwesende, eine bessere Erreichbarkeit für Bürgerinnen und Bürger, eine klare Trennung zwischen privaten und politischen Mails mit einem professionellen, einheitlichen Auftritt gegen aussen; das sind kurz gesagt Ziele, die mit der vorliegenden Motion erreicht werden sollen. Die Motionäre konnten mit Freude davon Kenntnis nehmen, dass sich der Gemeinderat in seiner Beratung deutlich dafür aussprach, Euch die Erheblichkeitserklärung der Motion zu beantragen. Ein weiteres erfreuliches Zeichen ist, dass der Vorstoss bei der Einreichung zusammen mit den Motionären von total 28 Stadträtinnen und Stadträten unterzeichnet wurde. Das deutet auf eine breite Unterstützung hin und zeigt, dass das Grundbedürfnis erkannt wurde und man die Vorteile einer bürgernäheren Kommunikation sieht, die die Einführung von solch personalisierten, städtischen Mailadressen bietet. Bei der Beantwortung der Motion wurde zudem aufgezeigt, dass es einen Zusammenhang mit dem Projekt ILMA¹ gibt.

Uns Stadträtinnen und Stadträte sollen künftig nicht nur personifizierte Mailadressen zur Verfügung stehen, sondern zudem auch Möglichkeiten zur digitalen Zusammenarbeit mit Microsoft Teams und so weiter. Solche erweiterten Möglichkeiten sind logischerweise mit Kosten verbunden; Kosten, die für den reinen Wunsch dieser Motion, nämlich die simple Einführung von persönlichen Mailadressen, ein bisschen hoch scheinen. Da ILMA scheinbar kurz vor der Einführung steht, auch für uns Stadträtinnen und Stadträte, macht es aus Sicht von uns Motionären eben trotzdem absolut Sinn, den Vorstoss für erheblich zu erklären und auch damit den Weg für eine burgernähe Kommunikation zu ebenen. Soll sich jetzt die Einführung von ILMA für den Stadtrat wieder erwarten verzögern oder sollten Zusatzfunktionen erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt nutzbar werden, ist aus Sicht der Motionäre eine kostengünstigere Übergangslösung für die persönlichen Mailadressen anzustreben. Eine solche Lösung, das hat sich in der Vorbereitung zu dieser Stadtratssitzung gezeigt, würde uns fast gratis und auf unbürokratischem Weg ermöglicht werden; nämlich durch das Stadtratsbüro. Bei einer allfälligen Verzögerung von ILMA ist also die Wartung vorhanden, dass sich die zuständigen Personen der Stadt mit dem Stadtratsbüro in Verbindung setzen, um die unbürokratische Provisoriumslösung zur Einrichtung der E-Mail-Adresse anzustreben. Aber am Wunsch einer Erheblichkeitserklärung der hier vorliegenden Motion ändern meine jüngsten Ausführungen nichts. Der eingeschlagene Weg ist aufgezeigt, die Vorteile der persönlichen Mailadresse liegen auf der Hand und deshalb sind wir drei Motionären und Motionärinnen froh und dankbar, wenn Ihr unser Anliegen heute Abend unterstützt. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Wem darf das Wort erteilen? Dan Weber, SP/GL-Fraktion.

¹ ILMA = Information Lifecycle Management und Archivlösung

Stadtrat Dan Weber (SP): Guten Abend lieber Fabian, liebe Gemeinderatsmitglieder und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besuchende, ich rede als Fraktionssprechenden der SP/GL-Fraktion wie auch als Mitmotionär dieser Motion zu Euch. Im Zentrum steht die Stärkung der Demokratie, der Bürgernähe und des Vertrauens. Der bisherige Weg über das Sekretariat des Stadtrats wirkt meines Erachtens eher unpersönlich und stellt doch auch ein bisschen eine unnötige Hürde für einen direkt elektronischen Kontakt dar. Die Einführung von persönlichen E-Mail-Adressen würde einen direkten und niederschwelligen Kommunikationskanal ermöglichen. Der direkte Kontakt zum Mitglied des Stadtrats ist ein wichtiges Signal, dass Anliegen ernstgenommen werden und bei ihrem gewünschten Volksvertreter oder Volksvertreterin Gehör finden. Das Anliegen liegt auch unserer Fraktion am Herzen. Die SP/GL-Fraktion unterstützt diese Motion einstimmig, was die Bedeutung und Dringlichkeit des Themas für uns alle deutlich macht. Ich danke Euch, würdet Ihr die Motion ebenso unterstützen.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Jan Herzig, SVP.

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Lieber Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir diskutierten das in unserer Fraktion auch, ob es das wirklich braucht und ob sich das Geld lohnt, das zu machen. Wir kamen eigentlich grossmehrheitlich zum Schluss, dass dies wirklich etwas bringt, wenn jeder eine persönliche Mailadresse hat und wir nachher von den Bürgerinnen und Bürgern auch angeschrieben werden können. Kurz gesagt, wir unterstützen das grossmehrheitlich.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Janina Müller-Heiniger, GLP/EVP-Fraktion.

Stadträtin Janina Müller-Heiniger (EVP): Werte Anwesende, es wurde schon viel gesagt; wir unterstützen das natürlich auch und schliessen uns somit unseren Vorrednerinnen und Vorredner an.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gut, dann würden wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern kommen. Darf ich jemandem das Wort erteilen? Das ist nicht der Fall. Wünscht die Vertretung der Motionärinnen und Motionäre noch einmal das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

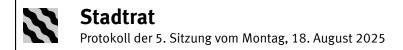
Der Stadtrat, gestützt auf Art. 47 Abs. 2 und Art. 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 25. Juni 2025, beschliesst:

I. Die Motion Patrick Jordi (FDP), Dan Weber (SP), Nicole Baumann (GLP) und Jan Herzig (SVP) vom 12. Mai 2025: Bürgernahe Kommunikation leben - Einführung persönlicher E-Mail-Adressen für Mitglieder des Stadtrats wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.

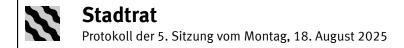
Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein bei 0 Enthaltungen:

- II. 1. Die Motion Patrick Jordi (FDP), Dan Weber (SP), Nicole Baumann (GLP) und Jan Herzig (SVP) vom
- **12. Mai 2025:** Bürgernahe Kommunikation leben Einführung persönlicher E-Mail-Adressen für Mitglieder des Stadtrats **wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Es gibt hier noch eine Mitteilung vom Stadtratsbüro, Sprecher des Stadtratsbüros ist Diego Clavadetscher (FDP).



Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Die Motion wurde nun also für erheblich erklärt. Es ist dem Stadtratsbüro klar, dass mit der Umsetzung dieser Motion der Gemeinderat beauftragt ist. Der Vertreter der Motionäre sagte, dass seitens des Stadtratsbüros eine Lösung erarbeitet wurde, die für die Stadt zu keinen externen Kosten führt und der Stadt bis zur Einführung von ILMA in voller Funktionalität monatlich rund Fr. 1'500.00 einsparen würde, falls dies der Gemeinderat so befürwortet. Aber der Gemeinderat entscheidet, wie er diese Motion umsetzen will.



10.Interpellation Robert Haas (SVP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Projekt Sanierung Bibliothek Oberaargau und Oberaargauische Musikschule Langenthal: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

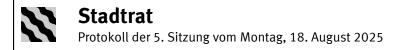
Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gut, somit kommen wir zu Traktandum Nr. 10, Interpellation Robert Haas (SVP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: «Projekt Sanierung Bibliothek Oberaargau und Oberaargauische Musikschule Langenthal», Beantwortung und Antrag auf Abschreibung. Das Eintreten ist zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Vom Gemeinderat gibt es keine Berichterstattung, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Vor der GPK gibt es auch keine Berichterstattung. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme, Robert Haas, SVP.

Stadtrat Robert Haas (SVP): Werter den Stadtratspräsident, Stadtpräsident, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte die Gäste, Kolleginnen und Kollegen, ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Berichterstattung über die Bibliothek und die Musikschule. Ich machte dazu folgende Überlegungen. Ich bin eigentlich von den hohen Kosten schon überrascht, die wir heute für die Sanierung haben und am Schluss nicht einmal eine Totalsanierung ist und noch wesentlich höher ausfällt, als wie dies vielleicht noch vor drei bis vier Jahren vorgesehen war. Dazu gab es noch die Überlegung, dass, wenn wir die Bibliothek schon auslagern müssten, wir dann vielleicht auch einen eigenen Platz in der Stadt finden könnten und damit eventuell auch das Stadtleben ein bisschen mehr beleben könnten, zumal es doch rund 60'000 Leute sind, die diese Bibliothek jährlich besuchen. Das ist eine Überlegung, die man vielleicht auch in die weitere Planung einbeziehen könnte. Aber da dies nun bis in das Jahr 2029 hinausgeschoben wird, ist es ja auch nicht dringend. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Ist die Abschreibung und der Weitervollzug bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Interpellation stillschweigend abgeschrieben.

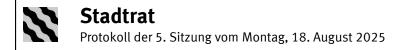


11. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zum Traktandum Nr. 11, Mitteilungen des Gemeinderates. Patrick Fluri hat das Wort.

Gemeinderat Patrick Fluri (SVP): Geschätzte Anwesende, es geht um die Kunsteisbahn Langenthal AG, das heisst um die Erhöhung von zwei Verpflichtungskrediten zur Entrichtung des Teuerungsausgleichs als gebundene Ausgabe. Gemäss der seit dem 1. Januar 2011 geltenden Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Langenthal und dem Kunsteisbahn Langenthal AG ist eine Teuerungsanpassung vorgesehen. Im Rahmen dieser Vereinbarung fasste der Gemeinderat an der Sitzung vom 23.April 2025 folgende Beschlüsse: Die Erhöhung des jährlichen Verpflichtungskredits für die Nutzung der Kunsteisbahn durch die Schulen und den Schulsport von Fr. 252'000.00 auf neu Fr. 264'600.00 ab 2025. Und an der Sitzung vom 2. Juli 2025 die Erhöhung des jährlichen Verpflichtungskredits für übrige öffentliche Leistungen von Fr. 335'000.00 auf neu Fr. 372'750.00, ebenso ab 2025. Die Beschlüsse stützen sich auf Art. 7, Abs. 2, Ziff. 3 und Art. 71, Abs. 1, Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und gelten als gebundene Ausgabe. Gemäss Art. 7, Abs. 3 und Art. 71, Abs. 2 hat eine Publikation zu erfolgen. Diese Publikation erfolgte bereits im Anzeiger Oberaargau vom 10. Juli 2025. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Gibt es weitere Mitteilungen des Gemeinderates? Das scheint nicht der Fall zu sein.



In eigener Sache

Da auch keine Vorstösse eingereicht wurden, übergebe ich an dieser Stelle noch kurz das Wort an Janosch Fankhauser (SVP).

Stadtrat Janosch Fankhauser (SVP): Lieber Fabian, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Gäste. Der Name «Janosch» heisst eigentlich auf Berndeutsch, respektive auf Deutsch übersetzt «Hans», sodass man eigentlich sagen könnte, dass es um einen «Hans Dampf in allen Gassen» geht. So verhielt ich mich eigentlich immer und so war es auch, wie Ihr mich kennenlerntet oder heute kennt. Viele rieten mir dabei, auch einmal kürzer zu treten, was auch einmal gut wäre. Dazu sagte ich dann, dass ich dies auch später machen kann und ich mit «voll in» weitermache und es durchziehe. Dazu gibt es nun eine traurige Nachricht, erhielt ich doch vor den Sommerferien die Diagnose MS, wobei es mir aktuell gut geht und ich keine Beschwerden habe. Die Medikation ist etwas, das für mich noch weit weg ist und erst irgendwann kommt. Aber ich weiss, ich muss jetzt für mich, meine Familie und für mein Geschäft schauen. Das geht jetzt vor.

Ich genoss diese neun Jahre im Rat sehr, wofür ich allen für diese Zeit vielen Dank sagen möchte. Ich lernte unheimlich viel, sei es auch nur, etwas diplomatischer vorzugehen und nicht wie zuvor «all in» zu gehen. Nun sage ich mir, Janosch, nimm es ein bisschen ruhiger, überlege zuerst einmal schnell, denn manchmal ist ein bisschen weniger mehr. Ich glaube, dass ich dies schon auch ein bisschen so lernte, das muss ich ehrlich sagen. Und als ich mein Rücktrittsschreiben verfasste, hatte ich zwei weinende Augen, wie auch jetzt. Also ich werde per 1. September 2025 nicht mehr da sein. Merci.

(Applaus)

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Lieber Janosch, ich glaube, ich kann für uns alle hier drin reden. Wir wünschen Dir selbstverständlich alles Gute. Wir hoffen, dass Du noch möglichst lange in die Medikation gehen musst und ich glaube, es ist sicher auch das Richtige, jetzt Zeit für die Familie und die Firma zu nehmen. Und auch hier kann ich wohl für alle reden, dass wir Dich vermissen werden. Und auch wenn Du eigentlich von mir aus gesehen auf den weniger wichtigen Teilen Deines Namens eingingst, werde ich es trotzdem vermissen, dass ich nicht mehr den Janosch ans Rednerpult holen kann. Ich bin mir sicher, wir werden Dich auch trotzdem immer noch überall sehen. Du bist aktiv, man kennt sich, wir besprachen das vorher dementsprechend. An dieser Stelle von allen hier drin alles Gute, möglichst gute Gesundheit und trotzdem bis bald.

Die nächste Stadtratssitzung ist am Montag, 13. Oktober. 2025 Über die Uhrzeit und die Traktanden werdet Ihr noch rechtzeitig informiert und auch darüber, ob es einen zweiten Termin brauchen wird. Ich danke allen herzlich für die geschätzte Mitwirkung, wünsche Euch noch einen angenehmen Abend und kommt gut nach Hause.